



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 9
Dienstag, 17. Juni 2008
17:03 - 19:46 Uhr
Park Casino Schaffhausen
Genehmigt am: 24.06.08

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 43 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Peter Möller Peter Neukomm Simon Stocker Alfred Tappolet Lotti Winzeler Edgar Zehnder	SP SP AL SVP OeBS SVP
Anfang der Sitzung:	Christian Bächtold Urs Fürer Hanna Meister	FDP SP SP
Schluss der Sitzung:	Christoph Lenz Hanspeter Meier Urs Tanner	AL SVP SP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilung WoV	Seite 267
2	Postulat Dr. Raphaël Rohner (FDP): Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand	Seite 285

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz <i>(Rückweisung in die SPK 04.03.08, gemäss SPK Präsident vom 20.05.08: Abwarten Schlussbericht Rheinufergestaltungprozess)</i>	SPK
18.09.07	VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit (gemäss Stadtrat sisiert mit Datum 21.11.07)	SPK
16.10.07	VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates	SPK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12.02.08	Postulat Daniel Preisig (JSVP): Krippensubvention: Schluss mit der Diskriminierung der klassischen Familie!	
08.03.08	VdSR Preismassnahmen 2009 im Tarifverbund Schaffhausen und bei den Verkehrsbetrieben Schaffhausen	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	SPK
01.04.08	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
08.04.08	VdSR Baurecht „Unterstadt/Untergries“ GB Nr. 844 auf GB Nr. 821, Flächenaufteilung in 2 Baurechte	GPK
08.04.08	VdSR Abgabe der Liegenschaft Lindliweg 25 im Baurecht	GPK
29.04.08	VdSR Neuregelung der Zuständigkeiten in der Betreuung Abhängiger und in der Suchtberatung	SPK
10.05.08	Motion Katrin Hauser-Lauber (FDP): Eltern/Kind - Kurs vor dem Kindergarteneintritt	
27.05.08	VdSR Stromverordnung 2009, Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Netzanschluss, die Netznutzung und die Lieferung elektrischer Energie (VS 09); Rahmentarife Strom 2009 für die StWSN (RTOS 09)	
23.05.08	Postulat Werner Schöni (SVP)/Christian Bächtold (FDP)/Peter Neukomm (SP): NASPO, wie weiter?	
09.06.08	Postulat Oliver Mank (SVP)/Daniel Preisig (JSVP): Anschluss von Hemmental ans Busnetz der VBSH	

2008 Kleine Anfragen:

9	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Kostenexplosion in der Langzeitpflege – Auswirkungen für die Stadt Schaffhausen	29.04.08
10	Stefan Marti (SP)	Barbezahlung der Hundesteuer	18.05.08
11	Edgar Zehnder (SVP)	Belagsdeponie Engeweiher	10.06.08

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilung WoV

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen sowie der WoV-Pilotabteilung mit 43 : 0 Stimmen wie folgt gut:

1. Die vorliegende Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Die Mehrausgaben in Höhe von Fr. 88'000.-- für die Defizitdeckung der Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft KSS (Pos. 3480.364.000) werden genehmigt.
3. Die Einlagen in folgende Spezialfinanzierungen mit je Fr. 200'000.-- werden genehmigt:
 - Investitionen Neugestaltung Freier Platz (Pos. 39.462.015)
 - Investition Projekt Giardino Lungo (Pos. 40.462.016)

Traktandum 2 Postulat Dr. Raphaël Rohner (FDP): Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand

Das Postulat wird von Dr. Raphaël Rohner (FDP) begründet, von SR Veronika Heller beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung das Postulat mit 39 : 0 Stimmen erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 9 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste im Park Casino an einem neuen und wahrscheinlich auch historischen Tagungsort. Im Ratssaal in der Rathauslaube wird die Lüftung saniert, noch nicht aber der Ratssaal neu gestaltet.

Ganz speziell begrüsst der **Ratspräsident** das neue Ratsmitglied Florian Hotz (jfsh) und wünscht ihm eine erfolgreiche Zeit in diesem Rat. Ebenfalls speziell erwähnt der Ratspräsident die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule am Bach, die mit ihren Lehrkräften Walter Fischer und Ruedi Flubacher im Rahmen einer Projektwoche unseren politischen Betrieb kennen lernen möchten.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR Stromverordnung 2009, Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Netzanschluss, die Netznutzung und die Lieferung elektrischer Energie (VS 09); Rahmentarife Strom 2009 für die StWSN (RTOS 09) vom 27.05.08. Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 9-er SPK vor, einladende Fraktion: SVP/JSVP/EDU.

Alfred Zollinger (SVP):

"Nach dem regen Mailverkehr in dieser Sache habe ich es mir nochmals überlegt und verschiedene Gespräche geführt. Ich bin ganz klar der Auffassung, dass wir vier Parlamentsvertreter in der Verwaltungskommission (VK) haben und das Geschäft daher bereits relativ breit abgestützt ist. In der VK wurde das Geschäft ausführlich besprochen und meines Erachtens ist keine Ehrenrunde mit einer SPK nötig. Ich beantrage, dass dieses Geschäft direkt auf die nächste Ratssitzung traktandiert wird. Die Vertreter der VK haben die Möglichkeit, in der nächsten Fraktionssitzung eingehend zu informieren und die Fraktionen vertieft über das Thema ins Bild zu setzen, allenfalls unter Beizug einer Fachperson aus den Städtischen Werken Schaffhausen. Daher ist die vorgeschlagene Vorgehensweise absolut vertretbar. "

Urs Tanner (SP):

"Ich bin selbst Mitglied der VK. Wenn wir zur Behandlung dieses Geschäftes bereits in 2009 wären, würde ich der von Alfred Zollinger vorgeschlagenen Vorgehensweise beipflichten. Bisher wurde trotz Mehrkompetenzen der VK und regelmässigeren Sitzungen immer eine SPK eingesetzt oder die GPK hat die Geschäfte vorberaten. Das Büro hat eine 9er SPK vorgeschlagen, wir haben bereits drei Mitglieder bestimmt. Es sind nicht die "Erfinder" der Verordnung, welche die eigene Verordnung durchwinken, es geht immerhin um eine Kompetenzbandbreite von - 5% bis + 15% an die VK. Die SP/AL-Fraktion unterstützt die Vorlage, aber wir befürworten den vom Büro vorgeschlagenen Weg und bitten Sie ebenfalls, bei diesem Vorschlag zu bleiben und einer seriösen Sitzung dieser 9er SPK zuzustimmen. Doppelt gemoppelt hält besser. "

Alfons Cadario (EVP):

"Ich mache Ihnen beliebt, dem Antrag Zollinger zuzustimmen. Wenn wir den Weg über die 9er Kommission einschlagen, entsteht ein zeitliches Problem, und dies ist nicht der Fehler der Städtischen Werke, dass sie die Verordnung zu spät erarbeitet und wir daher die Vorlage nicht erhalten hätten. Per 31.08.08 müssen die Tarife im Internet aufgeschaltet sein. Ich frage mich schon, warum wir überhaupt eine VK

haben, wenn am Schluss nochmals eine SPK darüber beraten soll. Bitte stimmen Sie dem Antrag Zollinger zu. "

Stellungnahme des Ratspräsidenten:

"Das Büro hält am Antrag fest, das Geschäft in einer 9er SPK vorzubereiten. Die ganze Tarifstruktur ändert sich, und wir können im Grossen Stadtrat nichts dafür, dass die Vorlage derart spät präsentiert wurde. Sie soll trotzdem seriös in einer SPK vorberaten werden, in einer oder wenn nötig auch in zwei Sitzungen. Die Tarife gelten erst ab Januar 2009. Wenn wir uns mit dem Aufschalten im Internet verspäten, dann ist dies halt so; wir können wie gesagt nichts dafür, wenn die Vorlage so spät erst kommt. "

Stadtpräsident Marcel Wenger:

"Sie können selbstverständlich nach eigenem Gutdünken bestimmen. Ich möchte mich nicht in diese Frage einmischen, sondern wir werden versuchen, Ihnen die entsprechenden Informationen über die Änderungen im Tarif so mitzuteilen, dass Sie diesen politischen Entscheid "en connaissance de cause" treffen können. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass wir Ende August die Tarife nach Bundesrecht publizieren *müssen*. Wir dürfen nicht einfach "nicht publizieren", allenfalls behalten wir uns den Weg "unter Vorbehalt zu publizieren" offen. In der Tat ist es so, dass die Verordnung des Bundes erst Ende März herauskam, wir hatten wenig Zeit für die Erarbeitung der Tarifvorlage. Sehr vieles in der Vorlage ist vom Bund vorgeschrieben und hat dazu geführt, dass wir eine einfache Adaptation der heutigen Tarifstrukturen auf dieses Bundesrecht haben zuschneiden *müssen*. Sie können selbstverständlich bestimmen wie Sie wollen. Ich werde alles daran setzen bei einer Direkttraktandierung die Experten allenfalls auch in die Fraktionen zur Klärung Ihrer Fragen zu schicken. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von Alfred Zollinger (SVP) mit 24 : 15 Stimmen gut. Das Geschäft wird deshalb an der Ratssitzung vom 1. Juli 2008 direkt traktandiert.

- Postulat Werner Schöni (SVP), Christian Bächtold (FDP), Peter Neukomm (SP) vom 08.05.08 (Eingang Stadtkanzlei 23.05.08): NASPO, wie weiter?
- Postulat Oliver Mank (SVP)/Daniel Preisig (JSVP) vom 09.06.08: Anschluss von Hemmental ans Busnetz der VBSH. Beide persönlichen Vorstösse werden auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgeführt.
- Geschäftsbericht Verkehrsbetriebe Schaffhausen 2007 und Regionale Verkehrsbetriebe Schaffhausen 2007
- Kleine Anfrage Nr. 10/2008 Stefan Marti (SP): Barbezahlung der Hundesteuer vom 18.05.08
- Kleine Anfrage Nr. 11/2008 Edgar Zehnder (SVP): Belagsdeponie Engeweiher vom 10.06.08
- Beantwortung des SR Kleine Anfrage Nr. 8/2008 Dr. Raphaël Rohner (FDP) betreffend Bauland für gehobene Ansprüche - ein seit mehr als zwei Jahren nicht erfüllter Auftrag vom 10.06.08
- KSS-Jahresbericht 2007
- Newsletter der Wirtschaftsförderung Kanton Schaffhausen, Mai 2008
- Korrigierte Zinsbelastungsquote, Seite 32a, der Jahresrechnung 2007
- Aktualisiertes Adressverzeichnis und Sitzordnung

- Dankeschreiben von Hanspeter Pletscher, Alt-Stadtratsweibel, für die erhaltenen Geschenke und die Verabschiedung

Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte:

- VdSR Abgabe der Liegenschaft Lindliweg 25 im Baurecht und VdSR "Unterstadt/Untergries" GB Nr. 844, Flächenaufteilung in zwei Baurechte vom 08.04.08. Sprecher der GPK: Rainer Schmidig (EVP).
- VdSR Neuregelung der Zuständigkeiten in der Betreuung Abhängiger und in der Suchtberatung vom 29.04.08. Diese Geschäfte figurieren auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.

Änderungen in Spezialkommissionen:

SPK VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat:

Martin Egger (FDP) ersetzt den zurückgetretenen Nihat Tektas (jfs). *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN

Wieder einmal liegt ein **Rücktrittsschreiben** vor, dasjenige von Nihat Tektas (jfs):

Hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich per sofort aus dem Grossen Stadtrat zurücktrete. Der Grund meines Rücktritts ist nicht etwa Politikverdrossenheit, sondern eine schon lange geplante und nun endlich realisierbare Reise - eine Reise einmal um die Welt.

Da diese Reise deutlich mehr als 80 Tage in Anspruch nehmen wird, finde ich es dem Wähler und meiner Partei gegenüber verantwortungslos, meinen Sitz für solch eine lange Zeit verwaissen zu lassen. Aus diesem Grund erfolgt mein Rücktritt.

Dieser Rücktritt ist aber kein Abschied von der Politik. Im Gegenteil, nach meiner Rückkehr werde ich mich mit vollem Elan wieder in die politische Arbeit stürzen - hoffentlich als wieder gewählter Grossstadtrat. Deshalb lasse ich in diesem Brief auch den Passus mit dem Fazit über Positives und Negatives aus und sage nur allen, mit denen ich über diese knapp dreieinhalb Jahre zusammenarbeiten konnte: Ein herzliches Dankeschön! Es war eine interessante und lehrreiche Zeit.

Ich hoffe, Sie alle gesund und munter wiederzusehen und wünsche Ihnen eine gute Zeit

Nihat Tektas

Thomas Hauser (FDP), Ratspräsident

Würdigung der Ratsarbeit von Nihat Tektas:

„Am 1. Januar 2005 trat Nihat Tektas für die Amtsperiode 2005 bis 2008 in den Grossen Stadtrat ein. Gewählt wurde er auf der Liste der Jungfreisinnigen Schaffhausen und war somit wohl der erste Grossstadtrat der jungfreisinnigen Liste, was ihm irgendwann einmal auch das Prädikat *historisch* verleihen wird.

Er nahm Einsitz in den ständigen und ehemaligen Kommissionen Trägerverein Jugendarbeit Schaffhausen und WoV Steuerungsausschuss und arbeitete in sieben Spezialkommissionen mit. An politischen Vorstössen hat er zwei Kleine Anfragen eingereicht. Im Ratssaal zeichnete sich Nihat Tektas durch fundierte und teils auch

witzige Voten aus. Ich wünsche Nihat Tektas eine schöne und lehrreiche Weltreise und dann vielleicht ein Wiedersehen auf der lokalen Politbühne. Von hier aus fürs Erste alles Gute. „

WEITERE MITTEILUNG DES RATSPRÄSIDENTEN

"Somit kommen wir zu den sportlichen Mitteilungen: Gratulieren möchte ich dem Veloteam von Werner Schöni, Peter Neukomm, Lotti Winzeler, Martin Egger und Urs Tanner zu seinem vierten Platz am Breite-Radkriterium. Wenn man die Mannschaft auf dem dritten Platz mit Thomas Hurter, Hansueli Scheck, Peter Kämpfer, Kurt Götz und Hanspeter Lenherr disqualifizieren würde, weil sie keine Dame im Team hatten, wäre der Grosse Stadtrat sogar auf einem Podestplatz gelandet.

Den Fussballern Markus Brütsch, Peter Kämpfer und Peter Neukomm gratuliere ich ebenfalls zum Unentschieden in Fussballmatch im Vorfeld der Euro 08 in Büsingen gegen die Senioren; leider haben sie im Penalty-Schiessen am Schluss noch verloren.

Nun steht aber bereits ein neues Fussballspiel an: Am nächsten Samstag findet der Flüchtlingstag auf dem Herrenacker statt. Leider wurde mir erst sehr kurzfristig mitgeteilt, dass man gerne eine Fussballmannschaft des Grossen Stadtrates mit vier Damen oder Herren hätte, die zweimal 10 Minuten gegen eine andere Mannschaft kicken müssten. Interessierte können sich direkt bei Kurt Zubler melden. „

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 8 vom 20.05.08 wurde vom Büro auf dem Zirkulationsweg geprüft und genehmigt und liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilung WoV

Alfred Zollinger (SVP)

GPK-Präsident

"Erinnern Sie sich noch an die heftige Budgetdebatte 2007, die am 14. November 2006 stattfand? Damals wurden vor allem „Zärtlichkeiten“ zur Reduzierung des Steuerfusses ausgetauscht. Der Stadtrat beantragte eine Reduktion um 1%. Die GPK stellte den Antrag auf zusätzliche 2%, das heisst auf einen Steuerfuss von 105%; dies aufgrund der guten Wirtschaftslage und zunehmender Gewinne der juristischen Personen. Verbunden wurde die zusätzliche Steuerfussenkung mit der gleichzeitigen Erhöhung der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen um Fr. 3 Mio. Der GPK-Antrag wurde gutgeheissen und das Budget mit diversen Änderungsanträgen mit 25 : 23 Stimmen verabschiedet.

Erinnern Sie sich auch an die Schelte, die in dieser Budgetdebatte die bürgerliche Seite der GPK, beziehungsweise des Parlamentes erhalten hatte? Vorwürfe wie „in

sträflichem Leichtsinn Gelder ohne Wirkung und mit einer übertriebenen Senkung des Steuerfusses zu verschenken“, „Zaubertrick“, „Kaffeesatzlesen“, „dies grenzt an Scharlatanerie oder an die Quadratur des Kreises“ etc.

Die Finanzreferentin äusserte sich dazu wie folgt:

Die Stadt braucht kein glanzvolles Budget, aber ein solides. Das, was Ihnen die GPK beantragt, hat mit Solidität gar nichts zu tun. Der Stadtrat legt Ihnen das Budget vor, das er verantworten kann. Das Parlament kann etwas anderes beschliessen - aber dafür müssen dann Sie (das Parlament) die Verantwortung übernehmen.

Das waren Zitate aus dem Ratsprotokoll vom 14. November 2006, das sich fast wie ein Bestseller liest.

Als GPK-Präsident kann ich dazu nur sagen, die GPK hat seinerzeit sehr verantwortungsbewusst gehandelt. Weitergehende Steuerfussreduktionen kamen nicht in Frage, da uns bewusst war, dass ein gewisser Unsicherheitsfaktor nie auszuschliessen ist.

Die nun vorliegende Rechnung 2007 zeigt, dass auch das Parlament bei seinem Beschluss realistisch blieb und die ihm zugespielte Verantwortung wahrgenommen hat.

Die Rechnung 2007 schliesst bei Einnahmen von Fr. 214'969'110.35 und Ausgaben von Fr. 210'051'333.11 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4'917'777.24 ab. Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von Fr. 136'800.--, das heisst das Ergebnis hat sich um Fr. 4'780'977.24 gegenüber dem Budget verbessert.

Werden beim vorliegenden Ergebnis noch die zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 5,6 Mio. und die beiden beantragten Rückstellungen von Fr. 400'000.-- berücksichtigt, ergibt sich ein Brutto-Ergebnis von knapp Fr. 11 Mio. Das Kapitalkonto erhöhte sich um den Ertragsüberschuss von Fr. 4'917'777.24 und beträgt nun Fr. 12'038'142.39, aus meiner Sicht ein gewisses Polster, das aber nach wie vor zu keinen ausserordentlichen Aufwand-Begehrlichkeiten Anlass gibt.

Es muss aber auch berücksichtigt werden, dass in den Jahresrechnungen 2004 – 2007 zusätzliche Abschreibungen und gezielte Rückstellungen getätigt wurden, die rund 10% der heutigen Bilanzsumme ausmachen. Damit konnten indirekt Reserven geschaffen werden, die sich in den Folgejahren positiv auf die Jahresrechnungen auswirken.

Die markante Verbesserung der Rechnung 2007 ergab sich hauptsächlich durch höhere Steuereinnahmen, die vor allem den juristischen Personen, plus Fr. 7,8 Mio., zu verdanken sind. Dadurch konnten Mehrausgaben auf der Aufwandseite verkräftet werden.

Die Abschreibungen liegen mit 15,8% deutlich über dem vom Gemeindegesetz vorgegebenen Satz von 10%. Die wesentlichsten Abweichungen der Rechnung 2007 gegenüber dem Budget konnten Sie den Seiten 6 – 9 entnehmen und die Analyse der Budgetabweichungen auf den Seiten 38 und 39 des Berichtes des Stadtrates vom 1. April 2008 zur Rechnung 2007.

Erfreulicherweise ist festzustellen, dass sich bei den Kennzahlen gegenüber dem

Vorjahr vor allem die Zinsbelastung und die ungedeckte Schuld positiv entwickelt haben. Die Zinsbelastung zeigt erstmals seit vielen Jahren eine negative Kennzahl was bedeutet, dass 2007 mehr Zinsertrag als Zinsaufwand realisiert werden konnte, was im Bericht des Stadtrates auf Seite 39, Schlussfolgerungen, entnommen werden kann.

Aber das stimmt so nicht! Der buchhalterisch ausgewiesene positive Zinsertrag von Fr. 668'000.-- kam nur zustande dank einer Korrekturbuchung im Jahr 2007 von Fr. 1,05 Mio., die im Jahre 2006 im Zusammenhang mit der erstmaligen Zinsabgrenzung zuviel belastet worden sind. Ohne diese Korrekturbuchung beträgt der Zinsaufwand für 2007 Fr. 385'000.-- und die Zinsbelastungsquote hat sich effektiv von 0,68% auf 0,19% verbessert.

Da das Blatt *Zinsbelastungsquote* im Gegensatz zu früheren Jahren nicht in unseren Unterlagen zu finden ist und ich der Auffassung bin, dass dies unbedingt dazu gehört, habe ich die Nachlieferung mit den entsprechenden Ergänzungen verlangt. Diese Blatt (es liegt auf Ihren Pulten auf) ist nun korrekt ausgefüllt, im Gegensatz zu demjenigen, das vermutlich anlässlich der Pressekonferenz der Rechnung 2007 abgegeben worden ist.

Die ungedeckte Schuld konnte von Fr. 53 Mio. auf Fr. 47 Mio. reduziert werden, was einer pro Kopf Verschuldung von Fr. 1'401.90 gegenüber Fr. 1'569.08 im Vorjahr entspricht. Dies ist der tiefste Wert seit 1994.

Die Kennzahlen Selbstfinanzierungsgrad und die Belastbarkeit haben sich etwas verschlechtert, was auf den deutlich erhöhten Investitionsanteil zurückzuführen ist. Das ergibt sich aus den gestiegenen Bruttoinvestitionen, welche von Fr. 20 Mio. im Vorjahr auf Fr. 30 Mio. erhöht wurden. Trotz dieser deutlich erhöhten Investitionstätigkeit liegt der Selbstfinanzierungsgrad noch immer bei erfreulichen 92,73%, was einem negativen Finanzierungssaldo von ca. Fr. 1,6 Mio. entspricht. Somit konnte der weitaus grösste Teil der zusätzlichen Investitionen aus eigener Kraft finanziert werden.

Die wichtigsten Investitionen im vergangenen Jahr waren:

- Gebäudesanierung Museum Fr. 3,0 Mio.
- Strassenverkehrsanlagen Fr. 4,7 Mio. (davon für Herrenacker Platzgestaltung Fr. 1,2 Mio.)
- Kanalisation Fr. 2,1 Mio.
- Altersheime Fr. 2,0 Mio.
- Informatik Fr. 1,2 Mio.
- Doppelkindergarten St. Peter Fr. 1,1 Mio.
- Sanierung Turnhalle Emmersberg Fr. 1,0 Mio.
- Liegenschaften des Finanzvermögens Fr. 7,1 Mio. (davon für die Übernahme nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften der Städtischen Werke Fr. 3,6 Mio.)

Erstmals wird eine neue Kennzahl *Bruttoverschuldungsanteil* präsentiert, die das Verhältnis Verschuldung der Stadt gegenüber den Einnahmen aufzeigt. Auch hier ist eine deutliche Verbesserung festzustellen, weil die Schulden im 2007 um Fr. 17 Mio. auf knapp Fr. 147 Mio. reduziert werden konnten. Besten Dank für diese neue Kennzahl. Dadurch wird die Rechnung noch transparenter, was sehr zu schätzen ist. Und wenn die Motion von Erwin Sutter "Finanzielle Hochrechnungen" auch noch umgesetzt wird, hat das Parlament selbst während des Jahres noch mehr Klarheit.

Für die letzte noch verbliebene WoV-Pilotabteilung Stadtgärtnerei wurde letztmals ein separater Jahresbericht erstellt. Daraus kann entnommen werden, dass die vereinbarten Leistungsziele fast überall erreicht worden sind. Die Soll-/Ist-Vergleiche sind bei den einzelnen Leistungszielen ersichtlich und kommentiert. Das finanzielle Gesamtergebnis ist 1% besser als budgetiert. Der Abschluss und Jahresbericht dieser Pilotabteilung wurde im Rahmen eines Controlling-Gesprächs besprochen. Der Stadtgärtnerei spreche ich den besten Dank für die jahrelange zusätzliche Tätigkeit im Zusammenhang mit WoV aus.

Per Saldo ist festzustellen, dass die Rechnung 2007 als sehr erfreulich bezeichnet werden kann. Trotzdem besteht bis auf weiteres kein Grund zum Übermut. Gespannt warten wir auf die Optimierungsvorschläge der eingesetzten Arbeitsgruppe zur Entlastung des Finanzhaushaltes, die in nächster Zeit präsentiert werden sollten.

Die GPK ist am 9. April 2008 mit 4 : 0 Stimmen, bei 3 Abwesenheiten, auf die Rechnung 2007 eingetreten. Wiederum wurden zwei Gruppen gebildet, die je einen Fragenkatalog zuhanden des Stadtrates zusammenstellten. Usanzgemäss gehörte der Sprechende beiden Gruppen an.

Erfreulicherweise konnte bald festgestellt werden, dass die Abweichungen Rechnung/Budget durch die meisten BereichsleiterInnen ausgezeichnet kommentiert worden sind, wofür ich ihnen den besten Dank ausspreche. Dadurch konnten die Fragebögen gegenüber den Vorjahren um einiges reduziert werden.

Am 22. Mai 2008 fand dann die erste Sitzung hinsichtlich Beantwortung der gestellten Fragen statt. Dabei wurde durch den Controller, Herr Werner Bianchi, die Aufwand-Position, 30 Personalaufwand, Seite 11, speziell erläutert, da in den einzelnen Unterpositionen grössere Unterschiede zwischen Rechnung und Budget festgestellt wurden. Diverse Zusammenstellungen wurden der GPK abgegeben und erklärt. Unter Berücksichtigung des Mehrertrages von Fr. 245'000.-- bei Besoldungsrückerstattungen wegen Mutterschaftsurlaub, die u.a. in der Position auf Seite 12, 43 Entgelte, 436 Rückerstattungen, enthalten sind, wurden bei den Personalkosten per Saldo Fr. 98'819.-- weniger ausgegeben als budgetiert.

Die sogenannte Elefantenrunde wurde am 4. Juni 2008 durchgeführt. Alle Fragen konnten durch Frau Stadträtin Veronika Heller, den Stadtpräsidenten und die übrigen Stadträte, Frau Johanna Theiler von der Zentralverwaltung, Herrn Alfred Stamm von der FIKO sowie Herrn Werner Bianchi vom Controlling zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden.

Ebenfalls wurden noch die zusätzlichen Anträge behandelt:

- KSS, Erhöhung des Beitrages um Fr. 88'000.--
Zurückzuführen ist das erhöhte Defizit auf eine schlechte Freibadsaison, was sich auch auf andere Betriebsbereiche niederschlägt. Weniger Eintritte waren auch beim Hallenbad und der Kunsteisbahn zu verzeichnen. Selbst mit dem hervorragenden Ergebnis im Wellness-Bereich konnten die erwähnten Mindereinnahmen nicht wettgemacht werden.
- Einlagen in Spezialfinanzierungen aus dem Ergebnis der Laufenden Rechnung, total Fr. 400'000.--
Aufgrund des ausgezeichneten Jahresergebnisses können die beiden Einlagen für die Projekte Freier Platz und Giardino Lungo unterstützt werden. Damit können bei einer späteren Auflösung die entsprechenden Jahresrechnungen entlastet werden.

In der Schlussabstimmung, am 4. Juni 2008, hat die GPK einstimmig mit 7 : 0 Stimmen allen Anträgen des Stadtrates, siehe Seite 40, zugestimmt, das heisst

- der vorliegenden Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen,
- den Mehrausgaben von Fr. 88'000.-- für die Defizitdeckung der KSS und
- den beiden Einlagen von je Fr. 200'000.-- für Investitionen Neugestaltung Freier Platz (Pos. 39.462.015) und Projekt Giardino Lungo (Pos. 40.462.016).

Mit dem gleichen Abstimmungsresultat wurde auch der Leistungsauftrag und Jahresbericht des WoV-Pilotbetriebes „Stadtgärtnerei“ gutgeheissen.

In der Zwischenzeit habe ich noch den Brief der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen, datiert 12. Juni 2008, erhalten dessen wichtigster Inhalt ich wie folgt zitiere:

Schaffhausen, 12. Juni

Die Finanzkontrolle führt gegenwärtig die Prüfung der Jahresrechnung 2007 durch.

Infolge der Mitarbeiterfluktuation und der daraus resultierenden Mandatumschichtung sowie krankheitsbedingter Ausfälle bei der Finanzkontrolle haben wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht den mit dem Vorjahr vergleichbaren Prüfungsfortschritt erreicht.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnten die Bereiche Steuern, Sachanlagen, kurzmittel- und langfristige Schulden sowie die Rückstellungen noch nicht geprüft werden. Wir gehen davon aus, dass wir die Prüfung dieser Bereiche bis Ende Juli abgeschlossen haben werden. Ferner sind im Jahresverlauf die separaten Buchhaltungen der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSh) und der KSD Datenverarbeitung ebenfalls noch zu prüfen.

Die Laufende Rechnung wird wie bereits im Vorjahr auf Basis einer Wesentlichkeitsfestlegung revidiert. Sämtliche Buchungen mit einer Betragshöhe von Fr. 200'000.00 und darüber werden hierbei einer Prüfung unterzogen. Für das Rechnungsjahr 2007 haben wir 658 Buchungen (Vorjahr: 661 Buchungen) selektiert. Es handelte sich hierbei um 405 Eingangs- und 254 Ausgangsprüfungen. Diese Prüfungen werden gegenwärtig durchgeführt.

Zum augenblicklichen Zeitpunkt unserer Prüfungstätigkeit gibt es keine Einwände gegen eine Abnahme der Jahresrechnung 2007 der Stadt Schaffhausen durch den Grossen Stadtrat.

Sollte der Grosse Stadtrat noch Änderungen an der Jahresrechnung 2007 vornehmen, so werden wir unsere Prüfungen entsprechend anpassen. Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird Ihnen eine Kopie des Berichts zugestellt werden. Sollte von Seiten der GPK der Wunsch bestehen, dass der Revisionsbericht durch die Finanzkontrolle explizit präsentiert wird, sind wir hierzu gerne bereit.

Finanzkontrolle

Alfred Stamm

Leiter Finanzkontrolle

Patrik Eichkorn

Leitender Revisor

Zusätzlich muss ich noch auf zwei Fehler in den Unterlagen hinweisen:

Seite 222, Kläranlageverband
Bestandesrechnung 2007
1022 Darlehen
1022.014 Einwohnergemeinde Schaffhausen
2.39%, Darlehen 2006 – 31.10.2009, Fr. 4 Mio.

Anlässlich der Prüfung durch die Rechnungsprüfungs-Kommission wurde festgestellt, dass die folgenden zwei Darlehen irrtümlicherweise in der erwähnten Position zusammengefasst wurden:

- 1022.014 Einwohnergemeinde Schaffhausen
2.39%, Darlehen 2006 – 31.10.2009, Fr. 2 Mio.
- 1022.015 Einwohnergemeinde Schaffhausen
2.27%, Darlehen 2007 – 31.12.2008, Fr. 2 Mio.

Da die Zahlen unter dem Strich stimmen, hat die GPK beschlossen, keine unnötigen Kopien zu erstellen. In der endgültigen Version der Rechnung 2007 werden die richtigen Daten vorhanden sein.

Seite 236, Stiftung Impuls:

Sicher ist Ihnen aufgefallen, dass die Totale des Aufwands, beziehungsweise des Ertrags fehlen. Diese Zahlen kann ich Ihnen nun nachliefern:

Beim Aufwand wie auch beim Ertrag ist Fr. 6'977'979.95 einzusetzen.

Dank Ihrem Eintragen kann auch hier auf den Druck zusätzlicher Kopien verzichtet werden. In der endgültigen Version der Rechnung 2007 wird dieser Fehler ebenfalls korrigiert sein.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen, speziell dem WoV-Abteilungsleiter Felix Guhl, dem Controller, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, der Finanzreferentin sowie dem Stadtpräsidenten und den Herren Stadträten für die geleistete Arbeit sehr herzlich. Selbstverständlich sind im Dank auch unsere Ratssekretärin sowie meine GPK-Kolleginnen und -Kollegen eingeschlossen.

Treten Sie auf die Rechnung 2007 sowie den Leistungsauftrag und Jahresbericht der WoV-Pilotabteilung Stadtgärtnerei ein und stimmen Sie den drei Anträgen gemäss Seite 40 der Jahresrechnung 2007 der Stadt Schaffhausen zu, wofür Ihnen die GPK im Voraus bestens dankt. "

Susanne Günter (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

"Vorerst bedanke ich mich namens unserer Fraktion beim GPK-Präsidenten für die gute und detaillierte Erläuterung der Rechnung. In unserer Fraktion hat die Rechnung im Detail keine nennenswerten Fragen aufgeworfen, die nicht im Vorfeld in der GPK besprochen worden sind.

Vielmehr hat sich unsere Diskussion auf die Zukunft fokussiert, nämlich wie ums Himmelswillen oder mit andern Worten, was muss wirtschaftlich noch geschehen, bis wir endlich spürbar die Steuern an unsere Zürcher Nachbarn angleichen und unsere

Stadtbürger vom guten Resultat spürbar profitieren können?

Eine Rechnung ist Faktum und widerspiegelt folgende Tatsachen:

- Tatsache ist, dass die Rechnung gegenüber dem Budget um Fr. 4,8 Mio. besser abschliesst.
- Tatsache ist, dass diese markante Verbesserung durch höhere Steuereinnahmen, insbesondere der juristischen Personen (Fr. 6 Mio. mehr als 2006) zurückzuführen ist.
- Tatsache ist, dass die Abschreibungen mit 15,8% deutlich über dem vom Gemeindegesetz vorgegebenen Satzes von 10% realisiert wurden.
- Tatsache ist, dass die Pro Kopf-Verschuldung der Bevölkerung der Stadt auf dem tiefsten Niveau seit 1994 liegt.

Alle diese Fakten sind grandios, und auch wir freuen uns über dieses Glanzergebnis. Die Finanzreferentin kann sich getrost zurück lehnen. Aber Tatsache ist auch, dass es die Steuerzahler der Stadt Schaffhausen lange zu Gute hätten, in Form einer grosszügigeren Steuerfussreduktion berücksichtigt zu werden. Natürlich profitiert der Steuerzahler indirekt von diesen guten Zahlen, nur nicht so merklich wie wir das gerne hätten.

Abschreibungen und Schuldenabbau zu realisieren ist eine Daueraufgabe, die Investitionen sollen antizyklisch der jeweiligen Wirtschaftslage angepasst werden.

Die Drittelslösung ist ein gutes Instrument, wir stehen voll und ganz dahinter. Innerhalb dieser Drittelslösung muss jedoch ein gewisser Spielraum bestehen, der es zulässt, sich an der wirtschaftlichen Situation im Lande zu orientieren. Das einzelne Drittel muss und kann hinterfragt werden, es muss flexibel den Umweltfaktoren angepasst werden. Die besten Beispiele sind die Investitionstätigkeit des Staates oder eben die Flexibilität beim Steuerfuss. Letzteres, eben die Flexibilität beim Steuerfuss, hat der Stadtrat zu Gunsten der Abschreibungen wohl berücksichtigt, da dem Bericht des Stadtrates zu entnehmen ist, dass er, ich zitiere: *Die Drittelsregelung mit unterschiedlicher Gewichtung einhält. Mit gesundem Menschenverstand und einem breiten Blickwinkel, der die regionale wie auch die globale Entwicklung miteinbezieht, muss dieses Instrument gehandhabt werden.*

Unter Einbezug dieser Sichtweite kämpfen wir Jahr für Jahr um einen zusätzlichen Punkt für eine Steuersenkung. Jedes Jahr zeigen die Rechnungen Mehreinnahmen von den juristischen Personen, im letzten Jahr sogar von über Fr. 7 Mio. Mit übelster Kritik von links, wie unseriöse Handhabung, unrealistischen Überlegungen bei den Steuermehreinnahmen der juristischen Personen, Tricks und dergleichen, gehen wir jeweils in Schönheit unter. Das Resultat der letzten zwei bis drei Jahre gibt uns noch so Recht - aber was nützt es, wenn die Bereitschaft und die Einsicht fehlen?

Da kann man nur sagen: Chance verpasst beim letztjährigen Budget. Das Resultat dieser Rechnung zeigt uns, dass wir Polster angelegt haben und auch für schwierigere Zeiten gerüstet sein werden.

Für die Zukunft ist die Verwaltung, respektive sind die Führungspersonen dieser Stadt gefordert sich Gedanken zu machen, wo überall noch ein Sparpotential drin liegt, sei es in der Vereinfachung von Abläufen in der Verwaltung, sei es in einer intensiveren Zusammenarbeit und/oder Zusammenlegung von kantonalen und städtischen Betrieben (die Zusammenlegung der Tiefbauämter lässt grüssen); dies

alles sind Faktoren die für die nächsten Jahre auf der Traktandenliste des Stadtrates stehen müssen. Doppelspurigkeiten haben heute keinen Platz mehr in unserem kleinen Kanton.

Aber auch wir Parlamentarier müssen uns an der Nase nehmen - und da schaue ich schon vermehrt auf die links denkende Seite in diesem Saal - wir leisten uns sehr komfortable Einrichtungen und noch komfortablere Ausstattungen mit Personal.

Dies sind einige Gedanken aus unserer Fraktion, die wir dem Stadtrat und der Verwaltung auf den Weg geben wollen zur Behandlung des Budgets 2009.

Schliesslich bedanken wir uns bei allen Mitarbeitenden in der Verwaltung und sprechen unseren Dank aus für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit zum Wohle unserer Bevölkerung.

Die **FDP/jfsh-Fraktion** wird auf diese Rechnung eintreten und ihr zustimmen. “

Josef Eugster (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Ein erfreulicher Abschluss liegt vor, der unsere Erwartungen übertrifft. Im Nachhinein bedauern wir, dass wir die zusätzliche Steuerfussreduktion von 2% zurückgezogen haben. Wie das Resultat zeigt, wäre das problemlos möglich gewesen.

Auf jeden Fall müssen wir feststellen, dass die GPK und die bürgerliche Ratsseite die Entwicklung der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen besser einschätzen konnten als die Finanzreferentin. Es ist ein Stück weit verständlich, einen besseren Rechnungsabschluss gegenüber dem Budget präsentieren zu wollen und dafür mit vollem Stolz die Verantwortung zu übernehmen, obwohl sie diese am Schluss der Budgetdebatte an das Parlament abgeschoben hat.

Auch das ewige Gejammer betreffend Saldo auf dem Kapitalkonto wird langsam aber sicher überflüssig, wurden doch, wie bereits vom GPK-Präsidenten erwähnt, das angestrebte Guthaben von rund 10% der Bilanzsumme zusätzlichen Abschreibungen und gezielten Rückstellungen zugewiesen. Dieses Vorgehen muss aber im Budget 09 deutlich bemerkbar gemacht werden, können wir doch nicht immer zusätzliche Abschreibungen und Rückstellungen vornehmen. Davon haben unsere Steuerzahlerinnen und -zahler nichts.

Nur mit einer Steuer- und Gebührenbelastung, die sich mindestens auf dem Niveau der Nachbargemeinden einpendelt, wird in der Stadt Schaffhausen ein Bevölkerungswachstum stattfinden. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Landflächen für den gehobenen Wohnungsbau.

Vor knapp drei Jahren, am 23. August 2005, wurde die Motion “Finanzielle Hochrechnungen” von Erwin Sutter überwiesen. Bis heute ist noch kein Bericht und Antrag dem Parlament vorgelegt worden.

Auch die seinerzeitige Motion “Gesunde und attraktive Finanzen” von Peter Wullschleger dürfte bald in der Schublade verstauben. Wir fragen uns schon, ob die Finanzreferentin den Willen des Parlamentes überhaupt wahrnimmt, aber das wäre ja mit Arbeit verbunden. Vielleicht wird Frau Heller dazu etwas sagen.

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** wird einstimmig auf die Rechnung 2007 eintreten und den drei Anträgen zustimmen, verbunden mit dem besten Dank für die erbrachte Leistung an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verwaltung. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Ich kann es gleich vorwegnehmen: Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird auf die Rechnung 2007 eintreten und ihr in der vorliegenden Form auch zustimmen. Ebenfalls werden wir den gestellten Anträgen zustimmen. Allerdings behalten wir uns vor, zu einzelnen Punkten in der Detailberatung allenfalls noch Fragen zu stellen.

Die Details zur Rechnung hat der Präsident der GPK ausführlich geschildert. An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die ausführlichen Antworten, die wir auf unsere Fragen erhalten haben und für den Einsatz, den sie das ganze Jahr zugunsten unserer Stadt leisten.

Natürlich ist unsere Fraktion froh, dass die Rechnung 2007 so gut abschliesst. Doch ist noch vieles zu tun bis die Stadt wirklich auf Erfolgskurs ist.

Das gute Resultat kam nicht zuletzt auch deshalb zu Stande, weil die Personalkosten, die im Budget pauschal um Fr. 900'000.-- gekürzt wurden, fast genau dem Budget entsprochen haben. Dazu haben auch die geringeren Personalkosten im Schulbereich beigetragen. Genau dies ist aber eigentlich ein unerfreulicher Sachverhalt. Hat doch die Zahl der Schulkinder erneut nicht zugenommen und damit selbstverständlich auch die Anzahl der Stellen im Unterrichtsbereich nicht. Es ist also im Bereich des Bevölkerungswachstums immer noch keine Trendwende in Sicht. Umso wichtiger wird es sein, dass in der laufenden Steuergesetzrevision im Kanton die Familien überproportional entlastet werden.

Das gute Resultat der Rechnung 2007 darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die Stadt finanziell noch lange nicht auf Erfolgskurs ist. Ich denke da an die schon erwähnte Steuergesetzrevision, die auch der Stadt wieder nicht zu unterschätzende Steuerausfälle bringen wird, die Kosten für die Überführung der Stadträte in die Kantonale Pensionskasse und die anstehenden Kosten, die in der Schulraumplanung ausgewiesen sind.

Ausgaben in allen Bereichen müssen also gut unter die Lupe genommen werden. So fragt sich unsere Fraktion beispielsweise, ob angesichts der Resultate, wie sie bei neueren Bauten in der Stadt zu sehen sind, die Ausgaben für die ausserkantonalen Experten in der Stadtbildkommission überhaupt noch gerechtfertigt sind. Auch eine Steuerfussreduktion soll wohl für die nächste Zeit zwar wohl kontinuierlich, aber höchst vorsichtig diskutiert werden. “

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Von Susanne Günter haben wir gehört, dass die Stadt eine Chance verpasst habe. Eigentlich haben wir von verschiedenen Sprechern eine ziemliche Schelte einstecken müssen; ich möchte diese umkehren und sagen, dass die Stadt die Chance der konjunkturellen Erholung gepackt, ihre Arbeit sehr gut gemacht und gleichzeitig auf der Ausgabenseite eine sehr kontrollierte und erfolgreiche Rechnung vorgelegt hat. Es freut mich im Namen der SP/AL-Fraktion zur Rechnung 2007 kurz Stellung nehmen zu können.

Die Stadt hat ein gutes Ergebnis vorgelegt, dafür möchte ich dem Stadtpräsidenten, der Stadträtin und den Stadträten sowie der gesamten Verwaltung herzlich danken. Wir haben für kommende Jahre ein Polster bilden und einen Schuldenabbau - den wir ja alle schon lange fordern - sowie höhere Abschreibungen und Investitionen tätigen. Ich erinnere Sie an dieser Stelle an das Budgetreferendum der JSVP vor noch nicht langer Zeit mit dem Hauptargument der Schuldenfrage. Trotz allem resultierte ein positives Ergebnis der Rechnung, das uns eine weitere Erhöhung des Eigenkapitals ermöglicht.

Ich lehne mich an die von Susanne Günter gemacht Aussage an: Das ist Vergangenheit, wir müssen in die Zukunft sehen und bald über das Budget 09 diskutieren. Ich kann Ihnen versichern, dass wir an unserem eingeschlagenen Kurs festhalten und uns weiterhin dafür einsetzen werden, dass eine erfolgreiche Stadt für uns Dienstleistungen erbringen und die Möglichkeiten schaffen kann, unsere finanzielle Situation für die sieben mageren Jahre in eine optimale Ausgangslage zu bringen. Die Bibelfesten unter Ihnen wissen, dass diese auf die sieben fetten Jahre folgen, und die anderen wissen es aufgrund der Konjunkturzyklen; Susanne Günter sprach von antizyklischer Investitionstätigkeit.

Gemäss den Ausführungen von Alfred Zollinger haben wir jetzt ein Eigenkapital von rund Fr. 12 Mio., aber wir sollten eine Höhe von Fr. 22 Mio. erreichen. Unsere Investitionstätigkeit wird weiterhin ein hohes Niveau haben; wir beraten zurzeit in einer SPK die Schulraumplanung, die einiges an Investitionsbedarf auf uns zukommen lässt. Wir haben immer noch Schulden, die soweit abgebaut werden müssen, um für die eben erwähnten sieben mageren Jahre gerüstet zu sein. Wir werden uns nicht generell allfälligen Steuersenkungen gegenüber verschliessen; nämlich dann nicht, wenn sie Sinn machen und zum gesamten Wohle der Stadt für die Zukunft ein positives Zeichen setzen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle nochmals bei der Stadt, auch bei der GPK, dem Präsidenten und den Kolleginnen und Kollegen und den Mitgliedern der Verwaltung, die uns bei der Diskussion der Rechnung unterstützt haben.

Die **SP/AL-Fraktion** wird auf die Rechnung 2007 gerne eintreten, ihr zustimmen und auch die Anträge vollumfänglich gut heissen. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Eigentlich würde genügen zu sagen: Gute Rechnung 2007 der Stadt Schaffhausen – weitere substantielle Steuersenkungen ein Muss!

Mit Genugtuung können wir Bürgerlichen der FDP/jfsh, SVP/JSVP/EDU und in diesem Fall auch der CVP zur Kenntnis nehmen, dass die Laufende Rechnung 2007 der Stadt Schaffhausen dank unserer damals weitsichtigen Budgetierung im November 2006 mit einem Überschuss von knapp Fr. 5 Mio. abschliesst.

Die vom Stadtrat und seinen zuständigen Bereichsleitern praktizierte Budgetpolitik versagt ja seit Jahren. Zitate aus der letzten Budgetdebatte von der Finanzreferentin Heller: *Das Budget 2007, das Ihnen die bürgerliche Mehrheit der GPK nun beantragt, ist in höchsten Masse unseriös. Es weist zwar einen Ertragsüberschuss von rund Fr. 2,2 Mio. auf, doch bestehen rund Fr. 5 Mio. davon oder rund 2,5% der Erträge aus nichts anderem als warmer Luft.*

Die FDP hat – wie bei den Budgetberatungen Jahre zuvor – immer gesagt, dass der Steuerertrag trotz Steuersenkungen und ohne Abbau des Service public viel zu tief budgetiert sei, die Rechnung 2007 gibt uns einmal mehr Recht. Meine Dame, meine Herren Stadträte, regieren heisst „*Lenken, Leiten, Führen*“ und eben auch den Wirtschaftsmarkt beobachten. Wenn die Finanzreferentin damals von warmer Luft gesprochen hat, so empfehle ich Ihnen, Frau Heller, und Ihren Kollegen und Bereichsleitern heute, öffnen Sie ab und zu die Bürofenster, lassen Sie frische kühle Luft herein und horchen Sie, wie es in der Wirtschaftswelt zu und her geht.

Das gute Rechnungsergebnis ist insbesondere dank der sehr guten von den juristischen Personen, also der erarbeiteten Steuerabgaben der Wirtschaft sowie ebenfalls dank der Mehrstellen in der Wirtschaft - was einen abgeschwächten Anstieg der gesetzlichen Sozialhilfe zur Folge hatte - zustande gekommen ist. Gerade in diesem Bereich müssen wir aber in Zukunft unser Budgetauge besser darauf halten, ist doch der Nettoaufwand der sozialen Wohlfahrt in den letzten 10 Jahren (von 1997 mit rund Fr. 17 Mio.) im Jahr 2007 auf sage und schreibe Fr. 30 Mio. angestiegen.

Die Personalkosten, die mittlerweile rund Fr. 90 Mio. aufweisen und damit der grösste Ausgabenposten der Laufenden Rechnung 2007 sind, zeigen, dass bei diesem Posten keine Trendwende, nicht einmal eine Stabilisierung erkennbar ist.

Um eine aktive Stellenbewirtschaftung und eine Diskussion betreffend der insbesondere bei den Kaderleuten gegenüber der Privatwirtschaft viel zu hohen Löhne (bis zu Fr. 190'000.-- jährlich für Bereichsleiter, Fr. 153'000.-- für Abteilungsleiter, dreifache Stellvertretungen wo eine Stellvertretung genügen würde und so weiter) wird der Stadtrat und das Parlament in Zukunft nicht herkommen.

Der Stadtrat ist gefordert, notwendige Stellen durch Verminderungen von unnötig gewordenen anderen städtischen Aufgaben wo immer möglich auszugleichen, die Lohnstruktur der Privatwirtschaft anzugleichen, sowie die Gesamtstellenzahl zu vermindern. Diesen Erfordernissen können der verantwortliche Stadtrat und das Parlament in Zukunft nur gerecht werden, wenn ein klar definiertes Controlling der Löhne vorgenommen wird. Ob dazu ein oder eine weitere Bereichsleiterstelle und zwei Zusatzstellen im Personalbereich ab 2009 nötig sind, bezweifle ich, ist doch die Abteilung Controlling nach der Beerdigung des WoV nicht überbelastet, um es vorsichtig auszudrücken.

Nach meiner Meinung dürfen wir uns über dieses erfreuliche Resultat sicher freuen. Aber wir dürfen uns noch nicht zurücklehnen. Es muss uns gelingen, die Kosten für die Sozialhilfe durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in der privaten Wirtschaft und durch Anreizmassnahmen für Jobs zu senken. Dasselbe ist bei der nach wie vor beunruhigenden Jugendarbeitslosigkeit zu tun.

Die Rahmenbedingungen für unseren Finanz- und Wirtschaftsplatz müssen attraktiver werden. Investitionen in attraktivitätssteigernde Bauten und Infrastruktur garantieren Standortqualität, mehr Arbeitsplätze, mehr Einkommen und Wohlstand. Insbesondere sollte endlich einmal auch eine spürbare Wohnpolitik für steuerkräftige Bewohnerinnen und Bewohner betrieben werden. Der Stadtrat muss sich auch vermehrt darum bemühen, neues Industrieland zu erwerben um damit möglichen Investoren dieses Land anbieten zu können. Weitere Steuersenkungen, auf das Niveau der umliegenden zürcherischen Gemeinden werden unumgänglich sein, damit sich neue Bewohnerinnen, Bewohner und Investoren in unsere Stadt nieder

lassen.

Durch eine geschickte Kombination von Budgetgenauigkeit, Budgetdisziplin und Investitionen wird die Stadt Schaffhausen eine dynamische, moderne, attraktive und urbane Stadt werden.

Die **FDP/jfsh-Fraktion** wird auch in Zukunft alles unternehmen, damit die Stadt Schaffhausen endlich auf den richtigen Finanzweg kommt. Die Rechnung 2007 ist ein Beweis dafür. Der neue zusammengesetzte zukünftige Stadtrat, die Thronanwärter kennen wir ja bereits, wird mit unserer Unterstützung rechnen können. Denn eines wollen wir ganz sicher nicht, dass die Verwaltung nur noch mit der Kreditkarte bezahlen kann. “

Gertrud Distel (CVP)

Votum

”Dass die Rechnung 2007 gegenüber dem Budget besser abschliesst, ist erfreulich. Sie spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung und eine Folge davon ist auch, dass die Fürsorgeausgaben nicht wieder massiv hochgeschneit sind.

Allerdings kann man bereits bei der Rechnung 2007 ablesen, dass die Wirtschaft sich wieder etwas rückläufig bewegt. 2006 gingen die Restanzen der Steuereinnahmen zurück, 2007 hatte eine grössere Anzahl Einwohner Mühe, die Steuern fristgerecht zu bezahlen (siehe Verwaltungsbericht 2007).

Freuen uns wir an der guten Rechnung, aber bei der Diskussion des Budgets 2009 werden wir uns wohl bereits mit einer rückläufigen Konjunktur auseinandersetzen müssen, die beim Budget 09 auch zu berücksichtigen ist.

Die CVP wird der Rechnung 2007 und den Anträgen zustimmen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Verwaltung danken wir für die geleistete Arbeit. “

Christian Hablützel (SP)

”Nach dem Votum von Walter Hotz haben mir fast die Worte gefehlt; ich empfehle ihm, seine Bewerbung für das Finanzreferat nachzureichen, da er uns die Rezeptur einer optimaleren Stadt soeben ausführlich ausgebreitet hat.

Anstatt uns zu freuen und miteinander anzustossen, leiten wir bereits die nächste Debatte - diejenige des Budgets 09 - ein. Wir wohnen an einem schönen Ort, haben den niedrigsten Steuersatz von ganz Europa und leben eigentlich mit einer Rechnung, die so abschliesst, dass Schulden abgebaut werden können. Und jetzt beginnt bereits das Hadern im Vorfeld der Budgetdebatte 09, bevor wir uns richtig über das erreichte Resultat freuen können.

Wir können diesen Erfolg als sozialdemokratische Partei zusammen mit der Mitte auf unsere Rechnung verbuchen. Steter Tropfen höhlt natürlich den Stein, meine Damen und Herren. Wären wir in den letzten fünf bis sechs Jahren nicht hartnäckig geblieben, hätten wir weder die gesamte, noch die pro Kopf-Verschuldung reduziert, weder grosszügig abschreiben können, noch die Freude über das gute Ergebnis, die wir heute Abend haben.

Wir werden treu auf unserem Weg bleiben, sind überzeugt davon, weiterhin den

eingeschlagenen Erfolgskurs fortzusetzen und freuen uns auf die bevorstehende Budgetdebatte. “

SR Veronika Heller**Stellungnahme Stadtrat**

”Aus jahrelanger Erfahrung wissen wir, dass man - wie auch immer das Resultat ausfällt - Kritik in der Politik einstecken muss; aber es ist mir lieber, Sie schimpfen über ein gutes als über ein schlechtes Resultat.

Sie wissen ebenfalls, dass die Rechnung 2007 eine solide ist. Die Konjunktur hat uns höhere Einnahmen bei den Steuern der juristischen Personen beschert; aber die so zahlreichen weitsichtigen Voten im Rückblick auf Dezember 06 möchte ich dahingehend präzisieren, dass rund 10% dieser Steuereinnahmen, das heisst ein Betrag von Fr. 3 Mio., zwischen der Budgetdebatte - diese Zahlen habe ich damals nicht selbst erfunden, sondern nur diejenigen der kantonalen Steuerverwaltung verwendet - und dem 31. Dezember 2006 eingetroffen. Leider bin ich nicht so weise oder voraussehend, dass ich solche Einkünfte bereits im Voraus wüsste, ansonsten würde ich beruflich wohl etwas anderes machen.

Aber nicht nur die Konjunktur ist uns entgegen gekommen, auch die Budgettreue der Verwaltung. Der GPK-Präsident hat dies bereits erläutert. Deshalb möchte ich hier vor allem den Verantwortlichen der Unternehmungen, die in Schaffhausen gut gearbeitet haben, für ihren Einsatz zugunsten der öffentlichen Hand danken, ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich das ganze Jahr angestrengt haben. Der GPK danke ich für die weitgehend sachlichen Beratungen der Rechnung und der Anträge und für Eintreten und Zustimmung, wie Sie soeben gehört haben.

Zukunftsaussichten:

Vor einem Jahr um diese Zeit wurden alle Prognosen nach oben korrigiert, heute nach unten. Wir haben die Subprime crisis, die im letzten Frühsommer ausgebrochen ist, in der Zwischenzeit entstanden Probleme auf dem Nahrungsmittelmarkt, die Dieselölpreise sind täglich höher und die Teuerung ist ebenfalls so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass es durchaus wieder einmal zur unseligen Lohn-Preisspirale kommen könnte, der so sehr schwierig beizukommen ist. All dies sind Gründe, nicht nachzulassen, der Stadt und ihrem Finanzhaushalt Sorge zu tragen und auf überrissene Ansprüche zu verzichten.

Bemerkungen zu erfolgten Voten:

Der Präsident der GPK, dem ich ebenso wie seinen Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit danke, hat nochmals an Dezember 2006 erinnert. Wir konnten es zum damaligen Zeitpunkt nicht besser wissen, und deshalb hat der SR versucht, wie immer, auf der sicheren Seite zu bleiben. Wenn Steuerfussenkungen zu weit gehen, kann dies im Nachhinein nicht mehr korrigiert werden. Ging man vielleicht aus heutiger Sicht etwas weniger weit, hat man die Möglichkeit, es nachträglich zu tun, was der SR mit seiner Drittelsregelung, die das Parlament seit einigen Jahren akzeptiert, auch gemacht hat. Dieser Weg vermeidet nicht korrigierbare Fehler.

Es ist fast eine Gretchenfrage, Susanne Günter, was wir noch tun müssen, um unser Steuerniveau an dasjenige des Kantons Zürich anzugleichen. Das Rezept ist einfach. Rainer Schmidig hat es erwähnt.

Die Steuergesetzrevision, die jetzt in einer kantonalen SPK diskutiert wird, reisst ein

grosses Loch in die Gemeindegassen, sofern sie in der von der Regierung vorgegebenen Form eine Mehrheit findet. Und das Loch könnte noch viel grösser werden, je nachdem, welche Kräfte sich durchsetzen. Der Kanton Zürich hat seine neue Steuergesetzvorlage auch bereits wieder in der Pipeline. Wir können eigentlich nur etwas machen - und nicht den Fehler der letzten zwanzig Jahre und die staatspolitischen Ebenen vermengen - nämlich die Bevölkerung entscheiden lassen, dass dieser Doppelapparat zu teuer würde und wir uns dem Kanton Zürich anschliessen wollen. Dies ist nicht meine Meinung; aber es wäre die letzte Konsequenz, wenn man nicht immer dem Kanton Zürich hinterher rennen will.

Es wurde ebenfalls erwähnt, ich könne mich jetzt ob des Glanzes dieser Rechnung getrost zurücklehnen. Dies sehe ich nicht so und habe es auch bis Ende Jahr nicht vor. Im Zusammenhang mit der Konjunktur kommen ziemlich gewaltige Aufgaben auf uns zu, welche wir bewältigen müssen. Die Stadt muss mit einem starken regionalen Zentrum fit gemacht werden, welches die Leistungen, die von einem solchen Zentrum mit Recht erwartet werden, auch erfüllen kann.

Zu den Bemerkungen von Grossstadtrat Eugster werde ich mich nicht äussern; sie in einem Ton daher gekommen, den wir uns allerdings von ihm gewöhnt sind. Gut ist, dass wenigstens das Endergebnis - Eintreten und Zustimmung - wieder auf die Linie gebracht werden konnte.

Mit wem ich fast immer voll übereinstimme, ist mit Rainer Schmidig, der die Meinung vertritt, es bleibe noch vieles zu tun, bis die Stadt tatsächlich auf Erfolgskurs sei. Ich versuchte bisher - und versuche es immer noch - vorzugeben, dass wir ein Eigenkapital von mindestens 10% des Jahreshaushaltes benötigen. Das ist keine eigene Erfindung, sondern entspricht der Überzeugung des Finanzreferenten von Zürich, der Mitglied der FDP und ein wirklich bürgerlicher Mann ist, welcher genau weiss, dass es ohne Boden unter den Füßen nicht geht.

Den Dank aus meiner eigenen Fraktion gebe ich gerne zurück. Die Zusammenarbeit verlief gut und ich hoffe, dass wir die Debatte der Rechnung 2007 mit der anschliessenden Detailberatung gut zu Ende führen können. Unbestrittenes Eintreten erfolgte bereits.

Ich stelle Ihnen im Namen des SR den Antrag, auf die Rechnung 2007 einzutreten - es ist meine elfte und letzte, die ich im Namen des Stadtrates vor dem Parlament zu vertreten habe. Ihre in der Detailberatung aufgeworfenen Fragen werden wir bestmöglichst zu beantworten versuchen. Sollte die Problematik Zinsbelastungsquote für jemanden trotz abgegebener Unterlagen noch nicht ganz nachvollziehbar sein, wird Thomas Jaquet Ihre Fragen dazu beantworten. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **erste Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, verliest wie folgt:

LEISTUNGS-AUFTRAG PILOTABTEILUNGEN WoV-JAHRESBERICHT 2007 STADTGÄRTNEREI

Es erfolgt keine Wortmeldung.

JAHRESRECHNUNG 2007 DER EINWOHNERGEMEINDE SCHAFFHAUSEN:**IV. Laufende Rechnung, Seite 17 bis 111****Wortmeldungen:**

Christian Hablützel (SP):

Seite 55

3480 Beiträge im Sportbereich, Nettoaufwand

364.000 Kunsteisbahn- und Schwimmbad-Genossenschaft, Defizitbeitrag

"Ich bin ein Fan dieser Anlage, aber absolut kein Fan des täglichen Verkehrschaos. Das vorliegende Defizit ist wohl einerseits der Tatsache zuzuschreiben, dass wir mit Schlechtwetterperioden rechnen müssen. Wahrscheinlich ist es auf der anderen Seite aber auch dem zuzuschreiben, dass wir die Einnahmen nicht optimal bewirtschaften. Ich kündige hiermit an, dass ich bei der nächsten Budgetdebatte den Versuch eines Antrages wagen werde, unsere Defizitgarantie an diese Einrichtung daran zu koppeln, dass dort anständige Parkgebühren erhoben werden. Wir würden locker einen Betrag von rund Fr. 120'000.-- an Einnahmen generieren können, wenn die Sportanlage mit entsprechenden Parkometern ausgerüstet wären. Selbst in Gailingen am Rhein und in Dachsen werden Gebühren erhoben. "

SR Peter Kämpfer:

"Erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung zum Auftrag von Christian Hablützel. Wir haben auf der Breite verschiedene Planungen gemacht, beispielsweise die Zukunftswerkstatt Breite; dabei wurde die Thematik ebenfalls aufgegriffen. Es ist auch der erklärte Wille des Stadtrates, in den Quartieren eine umfassende Parkplatzbewirtschaftung durchzuführen, und dies ist im Gesamtverkehrskonzept bereits enthalten. Wir können allerdings nicht nur die KSS-Parkplätze gebührenpflichtig erklären und die übrigen Parkplätze nicht. Die Leute würden dann ausweichen, weil erwiesenermassen niemand gerne Gebühren für das Parkieren bezahlt. Wir müssen deshalb für das ganze Quartier ein Konzept erarbeiten und keine isolierte Lösung treffen. Daran wird bereits gearbeitet. "

Iren Eichenberger (OeBS):

Seite 74

5703 Altersheim Steig

313.101 Allgemeines Verbrauchsmaterial

"Es sind eigentlich alle Konten unter der Position 5703, die ich anspreche. In erster Linie haben mich die Kommentare auf Seite 31 irritiert; vielleicht lohnt es sich, diese wie folgt nachzuschlagen:

Es wurden nur allernotwendigste Berufskleider angeschafft; der Einkauf der Kardex-Mappen für die Pflege wurde auf das nächste Jahr verlegt; es wurden nur wenige Fachbücher angeschafft; die Pflegerollstühle wurden über das WoV-Überschusskonto angeschafft und auf verschiedene Geräte wurde verzichtet; es wurde nicht das gesamte budgetierte Geschirr eingekauft; es wurde auf den Einkauf der Tischwäsche verzichtet; sparsamer Verbrauch, keine Anschaffung von Lagerbeständen; teilweise Kochen von günstigen Menüs.

Bei allen diesen Konten wurden rund Fr. 2'000.-- gespart; man hat sich offenbar sehr bemüht. Das Problem liegt offensichtlich in der Umstellung bei der Verrechnung der Hilflosenentschädigung (HiLo, siehe Kommentar bei AH Kirchhofplatz), respektive der speziellen Pflegeleistungsgeldern, weil die HiLo nicht mehr wie früher pauschal

vom Heim beansprucht werden kann, sondern nur noch einzelne Leistungen verrechnet werden dürfen. Die HiLo geht direkt an den Betroffenen. Dies führte offenbar zu Engpässen und zu einer gewissen Planungsunsicherheit, das heisst, wenn ein Patient mit vielen Pflegeleistungen stirbt und jemand mit weniger Pflegebedürftigkeit eintritt, entsteht ein Defizit, welches sich unter Umständen kumulieren kann. Ich frage mich jetzt, welche Wertung dies ist, wenn wir in der Küche sparen müssen und beispielsweise den Einkauf von Kardex-Mappen verschieben müssen. Dies schlägt ja dann einfach im nächsten Jahr zu Buche, und ich frage mich, wie das weiter gehen soll und was vorgesehen wird. “

SR Urs Hunziker:

”Zu den Defiziten bei den Altersheimen möchte ich allgemein bemerken, dass natürlich nicht nur das neue Taxsystem - das wir aus gesetzlichen Gründen wegen der veränderten Praxis in der Hilflosenentschädigung einführen mussten - alleine für das schlechte Ergebnis verantwortlich ist. Wenn Sie den Nettoaufwand des AH Steig im Voranschlag 07 mit dem Nettoaufwand in der Rechnung 07 vergleichen, stellen Sie eine grosse Abweichung fest. Vor allem beim AH Steig zeichnete sich bereits Mitte letzten Jahres ab, dass die Kosten aus dem Ruder laufen könnten und der Heimleiter sah sich veranlasst, die soeben erwähnten relativ drastischen Sparmassnahmen einzuleiten. Ich kann Ihnen aber garantieren, dass die Qualität in der Pflege nicht nachgelassen hat, auch in der Ernährung nicht. Es hat sich vor allem ein Problem mit dem neuem Taxsystem gezeigt, und zwar können bei Bewohnerinnen und Bewohnern der BESA-Stufen 3 und 4 (welche meistens die HiLo erhielten) nur Betreuungszuschläge verrechnet werden. Wenn jetzt Bewohnerinnen oder Bewohner der höchsten Pflegestufe sterben und keine ebenfalls hoch pflegebedürftigen nachrücken, wirkt sich dies stark auf die Einnahmen bei den Betreuungszuschlägen auf. Das ist einer der Hauptgründe für die Abweichungen. Wir können in solchen Fällen auch nicht einfach von einem Tag auf den anderen Personal abbauen; wir versuchen dies bei natürlichen Fluktuationen zu berücksichtigen, was aber nicht immer gelingt.

Wie sieht die Zukunft aus? Das Taxsystem der städtischen und privaten Heimen ist ein äusserst komplexes Gebilde, was wir im Moment von Grund auf einer umfassenden Evaluation unterziehen, um neue Taxmodelle zu entwickeln, wo weniger Zuschläge zum Tragen kommen. Dies gelingt uns allerdings noch nicht für das nächste Jahr. Überdies hat der Kanton die Grenzwerte für Ergänzungsleistungen gesenkt hat, das heisst, dies sind für uns verlorene Einnahmen, welche wir den Heimbewohnern quasi rückvergüten müssen. Auf die städtischen Heime hat dies keine grosse Auswirkung, aber bei privaten Heimen müssen wir fehlenden Ergänzungsleistungen aufgrund des neuen Alters- und Betreuungspflegegesetzes ausgleichen. “

Roland Schöttle (parteilos):

”In diesem Zusammenhang möchte ich folgende Anmerkung machen, wenn schon in der Küche oder bei sonstigen Anschaffungen im Altersheims Steig von gewissen Einsparungen die Rede ist: Es ist mindestens so erwähnenswert, dass seit 20 Jahren die Cafeteria von freiwilligen Frauen gratis betrieben wird, und damit die Kosten der Stadt in diesem Bereich tiefer gehalten werden. Diese Frauen wollen es allerdings auch nicht anders. Die Stadt spart damit Löhne, AHV/BVG/Unfall- und Taggeldversicherungsprämien. Wenn schon Gründe für Einsparungen genannt werden, darf auch dies einmal erwähnt werden. “

Dr. Paul Bösch (OeBS):

Seite 92

7201 Kehricht- und Sperrgutabfuhr

434.024 Gebühren für die Beseitigung von Kehricht und Sperrgut

„Ich habe den Kommentar vor mir, wo es im letzten Satz heisst: *Wir gehen davon aus, dass die Abfallsäcke zunehmend stärker gefüllt werden, was zu einer entsprechend tieferen Anzahl verkaufter Marken führt.* Ich habe vor rund fünf Jahren schon einmal die Anregung gemacht, eine gewichtsabhängige Gebühr einzuführen. Es hiess damals, die Zeit dafür sei noch nicht reif. Ich denke, dass in der Zwischenzeit die Technik Fortschritte gemacht hat und in vielen Gemeinden solche gewichtsabhängigen Gebühren eingeführt wurden. Ich möchte an dieser Stelle die Anregung anbringen, dies vertieft abzuklären, und es würde mich freuen, wenn in nützlicher Zeit auch in Schaffhausen die Gewichtsabhängigkeit eingeführt würde.“

SR Peter Käppler

„Eine Verrechnung aufgrund der Tonnage könnte sehr wohl gemacht werden, allerdings müsste die gesamte Abfallverordnung geändert werden, was sehr lange dauern kann, wenn wir uns den Zeithorizont bis zum Inkrafttreten der heute in Schaffhausen geltenden Lösung vergegenwärtigen. Bei der Einführung von gewichtsabhängigen Gebühren für Einzelsäcke muss die Gebührenerhebung nachträglich erfolgen, jeder Bewohner benötigt eine spezielle Marke mit Chip zur Rechnungsstellung. Dies ist einiges komplizierter als beim heutigen System. Die Verrechnung bei Industriecontainern erfolgt bereits heute teilweise gewichtsabhängig; für den Haushaltkehricht ist die heutige Praxis einfacher zu handhaben. Selbstverständlich wird die erwähnte Möglichkeit bei einem neuen Tarif überprüft. Allerdings wird deswegen die Gesamtkehrichtsmenge nicht kleiner werden.“

V. Investitionsrechnung, Seite 115 bis 131

Keine Wortmeldung

VI. Verpflichtungskreditkontrolle, Seite 135 bis 143

Keine Wortmeldung

III. Spezialfinanzierungen, Seite 147 bis 158

Keine Wortmeldung

VIII. Stiftungen und Legate, Seite 160 bis 173

Keine Wortmeldung

IX. Spezialverwaltungen, Seite 178 bis 229

Keine Wortmeldung

X. Stiftung Impuls, Seite 233 bis 240

Keine Wortmeldung

XI. Betriebe, Seite 243 bis 297

Keine Wortmeldung

I. Bestandesrechnung

Keine Wortmeldung

II. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung

Keine Wortmeldung

III. Sachgruppenstatistik

Keine Wortmeldung

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, stellt fest, dass kein Rückkommensantrag gestellt wird.

Die erste Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den **Bericht des Stadtrates**, Seite 1 bis Seite 40, die Anträge auf Seite 40 sowie Beilagen zu den Anträgen 2 und 3 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Die vorliegende Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Die Mehrausgaben in Höhe von Fr. 88'000.-- für die Defizitdeckung der Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft KSS (Pos. 3480.364.000) werden genehmigt.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Die Einlagen in folgende Spezialfinanzierungen mit je Fr. 200'000.-- werden genehmigt:
 - Investitionen Neugestaltung Freier Platz (Pos. 39.462.015)
 - Investition Projekt Giardino Lungo (Pos. 40.462.016)*Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Jahresrechnung 2007 der Einwohnergemeinde Schaffhausen sowie der WoV-Pilotabteilung mit **43 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Der **Geschäftsbericht 2007 des Stadtrates 2007** in neuem Gewand wird usanzgemäss zur Diskussion gestellt.

Theresia Derksen (CVP):

”Der Geschäftsbericht kommt in einer frischen Aufmachung daher, und das finden wir gut. Schade finden wir, dass diesmal nur die Anzahl der Vorlagen und Vorstösse aufgeführt sind, aber nicht die Art der Geschäfte. Es wäre doch auch für Aussenstehende interessant zu wissen, mit welchen Themen sich der Grosse Stadtrat beschäftigt hat.

Es kommt vor, dass sich in den regionalen Zeitungen manchmal Zeitungsenten tummeln, aber im Geschäftsbericht der Stadt Schaffhausen haben sie nichts zu suchen. Natalie Zumstein wurde am 11. März 2007 in den Stadtschulrat gewählt, aber nicht als Mitglied der FDP, wie im Geschäftsbericht zu lesen ist, sondern als Mitglied der CVP, und ich kann Ihnen mitteilen, dass sie immer noch Mitglied der CVP ist.“

**Traktandum 2 Postulat Dr. Raphaël Rohner (FDP): Schaffhauser
Busbetriebe aus einer Hand****Dr. Raphaël Rohner (FDP)****Begründung**

„Unbestritten und daher gleich am Anfang der Begründung des Postulats anzuführen ist der Umstand, dass die Stadt Schaffhausen und die Region Schaffhausen über ein öffentliches Verkehrsnetz verfügen, das die Bevölkerung mit guter Dienstleistung zu vernünftigen Tarifen versorgt.

Ebenso unbestritten ist, dass die Führung der beiden Unternehmen von Kanton und Stadt den Ansprüchen der Kundinnen und Kunden mehr als nur gerecht wird und ihre Arbeit in jeder Hinsicht überzeugend erfüllt. Die Kader unter Leitung von Walter Herrmann sind innovativ, flexibel und jederzeit bereit, eine Optimierung der Betriebe vorzuschlagen und auch umzusetzen. Betriebswirtschaftliches Denken prägt ihr Planen und Handeln.

So weit, so gut, wäre man versucht zu sagen und könnte zum Alltagsgeschäft übergehen, wenn nicht eine zentrale Frage im Raum stehen würde, die sich seit der Überführung der Busbetriebe auf kantonaler Ebene – seinerzeit ASS genannt - in die RVSH mit der Rechtsform einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft stellt:

Wäre es nicht sinnvoll oder gar angezeigt, die beiden Unternehmungen, die eine – die VBSH – nach wie vor noch als Spezialverwaltung der öffentlichen Hand (der Stadt Schaffhausen) und die andere seit dem Jahr 2001 als gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft mit Beteiligung des Kantons geführt, auch formell zusammenzulegen und damit eine einheitliche Unternehmung mit einheitlicher (allenfalls gemeinsamer) Trägerschaft zu erreichen?

Bei einer Abwägung der Gründe für oder gegen ein solches Vorhaben bin ich zusammen mit Kantonsrat Dr. Stephan Rawyler zum Schluss gekommen, dass gewichtige Argumente für eine Zusammenlegung sprechen und es daher durchaus Sinn macht, seitens der verantwortlichen Regierungen eine vertiefte Abklärung der Frage mit entsprechenden Lösungsvorschlägen zuhanden der beiden Parlamente in Auftrag zu geben. Dabei haben wir bewusst das Instrument des so genannten Postulats gewählt, da dieses nicht einen eng umschriebenen Auftrag erteilt, der kaum Handlungsspielraum überlässt, sondern eine umfassende Prüfung mit anschliessend - basierend auf deren Ergebnis - optimierter Projektplanung und Antragstellung an die beiden Räte ermöglicht. Damit kann verhindert werden, dass man sich bereits in einer Vorphase der Diskussion aufgrund von umstrittenen Formulierungen oder Auftragsinhalten die Chance vergibt, in objektiver Betrachtung die Angelegenheit nicht wieder auf die lange Bank zu verschieben, sondern tatsächlich auch anzugehen, mit dem klaren Ziel, eine politisch mehrheitsfähige Lösung zu präsentieren.

Und damit auch ein möglicher Stein des Anstosses bereits an dieser Stelle klar gestellt sei: Es geht mir - und auch Kantonsrat Dr. Stefan Rawyler - nicht um eine Sparübung. Es soll vielmehr eine Stärkung des öV von Stadt und Kanton resultieren; ich komme noch darauf zurück.

Der Kanton Schaffhausen sowie die Stadt Schaffhausen und die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall erteilten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre der INFRAS im Hinblick auf die seinerzeit vom Kanton angestrebte Überführung der ASS in eine neue Trägerschaft mit neuer Rechtsform den Auftrag, die Strukturen im öffentlichen

Busverkehr in der Region Schaffhausen grundsätzlich zu überprüfen.

Hauptziel dieser Studie sollte es sein, allfällige Optimierungspotenziale bei der Leistungserstellung auszuschöpfen und die in der Region Schaffhausen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen für den öffentlichen Verkehr möglichst effizient einzusetzen. Zu diesem Zweck sollten verschiedene Organisationsmodelle und Kooperationsformen für die öffentlichen Busunternehmen untersucht werden.

Die INFRAS legte denn auch mit Datum vom 30. April 1998 einen Bericht vor, der in Bezug auf die einzuleitenden Schritte nichts an Klarheit offen lässt und eigentlich auch dazu hätte Anlass sein können, nicht nur die ASS in die RVSH überzuführen, sondern auch die VBSH in diese Reorganisation einzubeziehen.

Was stellte nun die Studie fest?

1. Doppelspurigkeiten in der Verwaltung
2. Erschwerung bei der Tarif-Harmonisierung
3. Fehlen eines einheitlichen Marktauftrittes
4. Hoher Koordinationsaufwand in Bezug auf die Angebotsabstimmung
5. Unzweckmässige Rechtsform – seinerzeit bezogen auf die ASS

Diese Feststellungen treffen für die VBSH (und die RVSH) nach wie vor zu, selbst wenn seitens der verantwortlichen Führungsorgane, die in Personalunion beide Unternehmen leiten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternommen worden ist, um eine weitere Optimierung voranzutreiben, und selbst wenn bei den einzelnen Handlungsfeldern Differenzierungen in der Beurteilung vorzunehmen sind.

1. Doppelspurigkeiten in der Verwaltung:

Nach wie vor kann bei zwei verschiedenen Organisationsstrukturen mit unterschiedlicher Trägerschaft und Rechtsform beider Transportunternehmen sowohl bezogen auf den Vollzug der eigentlichen Verwaltungsaufgaben - die Betriebsführung im engeren Sinn - als auch auf den Einsatz des Personals, des vorhandenen Wagenmaterials und die Nutzung der Betriebseinrichtungen kein Optimum erreicht werden.

Dies macht indessen in derart kleinräumigen Verhältnissen keinen Sinn und führt zu einem Zusatzaufwand, beispielsweise bezogen auf die Betriebsbuchhaltung, das Personalwesen, den Einsatz und Unterhalt der Fahrzeuge, die zu tätigen Investitionen in Liegenschaften und Buspark, der ohne Weiteres vermeidbar wäre und der - würde es sich um einen privaten Betrieb handeln - längst beseitigt worden wäre. So wäre, um ein typisches Beispiel anzuführen, die Verrechnung von Personaleinsätzen oder von Fahrzeugen, nicht mehr nötig. Auf die zweifache, parallele Führung von Betriebsbuchhaltungen - jede für sich je nach Trägerschaft unterschiedlichen Anforderungen entsprechend - könnte verzichtet werden. Eine koordinierte Mittel- und Einsatzplanung wäre leichter möglich, als dies aktuell der Fall ist.

All das wäre wohlverstanden ohne nachteilige Auswirkungen auf das Personal und der Transport-Dienstleistung realisierbar, der im Rahmen der Service public-Angebote von Stadt und Kanton ein - ich betone es - hoher Stellenwert beizumessen ist.

2. Erschwerung bei der Tarif-Harmonisierung:

Die Einführung des längst angestrebten und im Interesse der Kundschaft liegenden

integrierten Tarifs würde mit einer einheitlichen Trägerschaft und Rechtsform erleichtert.

Dies wiederum würde die Mitgliedschaft beim Zürcher Verkehrsverbund ZVV ermöglichen, was als Standortvorteil für das Wohnortmarketing von grösster Bedeutung ist und zusammen mit dem Halbstundentakt die Attraktivität von Stadt und Kanton Schaffhausen erheblich vergrössern würde. Aus Sicht der Stadtentwicklung muss diesem Argument ein grosses Gewicht beigemessen werden.

3. Fehlen eines einheitlichen Marktauftrittes:

Beiden Betrieben, VBSH und RVSH, kann je für sich ein gutes Zeugnis ausgestellt werden, ich habe es bereits gesagt. Ihr Ruf in der Öffentlichkeit ist gut. Unter einem Namen, mit einer Trägerschaft und einer Betriebsstrategie kann auch das Marketing erfolgreicher umgesetzt werden. Die Marke *Öffentlicher Verkehr Schaffhausen* würde in ihrem dann zumal einheitlichen Marktauftritt noch besser positionierbar sein. Ich komme noch darauf zu sprechen.

4. Hoher Koordinationsaufwand in Bezug auf die Angebotsabstimmung:

Ich kann diesbezüglich auf die Ausführungen zur Doppelspurigkeit der Verwaltungen verweisen, die ich bereits gemacht habe.

5. Unzweckmässige Rechtsform – seinerzeit bezogen auf die ASS:

Diese Beurteilung gilt heute immer noch bezogen auf die VBSH und muss bei einer Überprüfung der Möglichkeiten einer Zusammenführung einer besonders sorgfältigen Analyse unterzogen werden.

Bei den RVSH hat man sich seinerzeit für die Rechtsform einer so genannt gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft nach Art. 762 des Schweizerischen Obligationenrechts entschieden. Im Vordergrund dieser Überlegungen stand - und soll auch in Zukunft stehen - die politische Forderung, der öffentlichen Hand müsse in jedem Fall die Mehrheit gesichert bleiben. Die Begründung dafür ist nahe liegend und auch heute noch sachlich nachvollziehbar bzw. richtig: Einerseits geht es beim ÖV um einen der wichtigsten Dienstleistungssektoren im Gesamtangebot von Stadt und Kanton. Verkehrsplanerisch aber auch aus Sicht des Umweltschutzes ist er weiter zu pflegen und zu fördern; eine vollständige Privatisierung wäre in realistischer Beurteilung der Situation niemals mehrheitsfähig und steht nicht zur Diskussion. So steht denn auch in Art. 3 Abs. 4 des Gesetzes über die Regionalen Verkehrsbetriebe Schaffhausen ausdrücklich geschrieben: *Mehr als die Hälfte des stimmberechtigten Kapitals muss im Besitz der öffentlichen Hand bleiben.*

Mit dieser seinerzeit für die RVSH gewählten Rechtsform sicherte sich die öffentliche Hand also ihre Mitsprache und Mitgestaltungsmöglichkeit in angemessenem Umfang, weil sie bei der Finanzierung massgeblich mitbeteiligt ist und der Kanton zudem über eine Sperrminorität verfügt (Hinweis: gemäss Art. 3 Abs. 1 des angeführten Gesetzes muss er über mehr als einen Drittel des stimmberechtigten Kapitals verfügen). An diesem Grundsatz wollen wir nichts rütteln.

Mit dieser Rechtsform, die sich in den vergangenen Jahren seit der Überführung der ASS in die RVSH bewährt hat, wird der Geschäftsleitung die betriebswirtschaftlich unabdingbare operative Handlungsfähigkeit überlassen, so dass beiden Interessen Genüge getan wird, ohne dass der Kanton das strategische Heft aus der Hand gegeben hat. Die Betriebsleitung verfügt über die notwendige Flexibilität und über die Handlungsmöglichkeiten, welche für ein erfolgreiches Bestehen im Wettbewerb nicht

verzichtbar sind.

Im Sinne einer Randbemerkung ist darauf hinzuweisen, dass es das Gesetz gemäss jetzt geltender Fassung bereits zulassen würde, die Stadt zu beteiligen. Ich verweise auf Art. 3 Abs. 3, worin der Regierungsrat dazu ermächtigt wird, Aktien aus kantonalem Besitz unter anderem an Gemeinden zu veräussern, soweit diese Anteile die gesetzliche Mindestbeteiligung des Kantons übersteigen. Je nach Beteiligung könnte dabei aufgrund der Grösse der VBSH die *Führung* schliesslich durchaus bei der Stadt liegen; das gilt es bei der Meinungsfindung bereits jetzt zu bedenken und könnte für uns die Attraktivität einer Zusammenführung der beiden Betriebe markant erhöhen.

Trotz dieser Ausgangslage sei aber erneut betont, dass die Diskussion über die zu wählende Rechtsform ist jedoch heute noch nicht das Kernthema sein kann und darf. Der von uns bewusst allgemein formulierte Prüfungsauftrag bei der Lösungsfindung für eine Zusammenführung der RVSH und der VBSH soll auch andere Varianten offen lassen.

Als valable Variante wäre auch an die selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zu denken; sie wäre im Rahmen der Prüfung vorliegenden Postulats sicher in die Überlegungen einzubeziehen. Es muss aber bei sachbezogener Beurteilung des Modells bereits jetzt darauf hingewiesen werden, dass sie in Bezug auf die Wettbewerbsstauglichkeit weniger gut zu bewerten ist als die gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft. Zudem wäre mit dieser Rechtsform auch das Eingehen von Allianzen nicht ganz einfach.

Aber es wäre wie gesagt falsch, hier und heute gleichsam eine vorgezogene Wertung vorzunehmen; diese Frage muss im Interesse einer optimalen Lösungsfindung offen gelassen werden. Die bestmögliche Variante muss schliesslich gewählt werden. Die Zielerreichung ist massgeblich und nicht das Konstrukt.

Der Kanton hat immer schon die Bereitschaft und die Offenheit für Gespräche in dieser Angelegenheit signalisiert. Auch seitens des Stadtrates hat man sich gegenüber der Fragestellung einer Zusammenführung der beiden Betriebe nie grundsätzlich verschlossen gezeigt. Eine gewisse „Bisshemmung“ in Bezug auf das konkrete Anpacken dieses Projektes liegt wohl nicht zuletzt auch darin begründet, dass bei der Verselbständigung der Städtischen Werke das ursprüngliche stadträtliche Ansinnen politisch keine Mehrheit gefunden hat. Die seinerzeitige Diskussion darüber war aber klar mit einem emotional verständlicherweise relevanten Aspekt - dem Wasser, beziehungsweise der Wasserversorgung der Stadt - belastet. Ein solcher emotionaler Nukleus fehlt indessen bei vorliegender Fragestellung, beziehungsweise dem hier zu initialisierenden Projekt.

Immerhin hat sich die Stadt in ihren Legislaturzielen 2005 - 2008 zur Thematik geäussert und sich die Optimierung der Zusammenarbeit mit VBSH/RVSH zum Ziel gesetzt. Mit der Überweisung dieses Postulats in der auslaufenden Legislatur könnte das Parlament ein Signal setzen und den Stadtrat nicht nur den Rücken stärken, sondern ihm gleichsam den Anschub geben für eine konkrete Umsetzung dieses Legislaturziels geben.

Hervorzuheben gilt es aus meiner Sicht noch Folgendes:

1. Es ist für mich hier und heute in keiner Weise ausgeschlossen, dass bei einer

Fusion der VBSH mit der RVSH die Führung bei der Stadt liegen könnte. Im Gegenteil, ich bin sogar der Meinung, dass wir diese Lösung klar prioritär anstreben müssten. Immerhin ist die VBSH als Betrieb in etwa zweieinhalb Mal grösser als die RVSH. Es wäre durchaus möglich und denkbar, dass die Stadt hier die Verantwortung übernehmen könnte oder auch sollte.

2. Es geht mir - und auch Kantonsrat Dr. Stefan Rawyler - wie bereits einleitend angeführt in keiner Weise um eine Sparübung. Eine Stärkung des öV von Stadt und Kanton und eine bessere Nutzung von Synergien, ein effizienterer und noch effektiverer Einsatz der Mittel stehen wie bereits eingehend erläutert im Vordergrund.
3. Es wäre zu erwarten, dass der Kanton seine Abgeltung an den Ortsverkehr erhöhen würde (siehe Protokoll der 19. Sitzung des Kantonsrates Schaffhausen vom 26. November 2007, Seite 957).
4. Mit der angestrebten Stärkung des öV wird auch der Einstieg von Dritten verhindert, indem der „Schaffhauser Betrieb“ - unter welchem Namen und mit welcher Trägerschaft dann auch immer geführt - klar konkurrenzfähiger ist und besser auf die Marktsituation reagieren kann.
5. Den Anliegen des Personals ist ein besonderes Augenmerk zu schenken. Wenn ich sage, dass es keine Sparübung sein soll, dann meine ich auch, dass dem Personal anstellungs- und besoldungsmässig nach einer Zusammenführung der beiden Betriebe faire und gute Bedingungen angeboten werden. Eine Lohneinbusse darf dabei nicht zur Diskussion stehen. Wir wollen uns auch weiterhin auf bewährte, fachlich ausgewiesene Mitarbeitende in allen Bereichen und auf allen Stufen der Verkehrsbetriebe verlassen können und dürfen.
6. Die Frage der Tarifhoheit ist sensibel, muss indessen im Kontext mit den von mir bereits geschilderten Vorteilen der Einführung des integrierten Tarifs und der Mitgliedschaft im ZVV gesehen und bewertet werden.
7. Studiert man die Szenarios in den verschiedenen Analysen zur Mobilität und Verkehrsentwicklung in den nächsten Jahren, kommt man nicht umhin, für den ÖV bereits jetzt die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihm ermöglichen werden, den weiter wachsenden An- und Herausforderungen angemessen und mit geeignetem Instrumentarium gerecht zu werden. Der öV wird gemäss realistischer Einschätzung rund 50% des Volumens der prognostizierten Verkehrszunahme übernehmen müssen. Dies ist nicht zuletzt auch aus ökologischer Sichtweise richtig, bedingt indessen erhebliche Investitionen von Stadt und Kanton, die man wiederum im Interesse eines optimalen Einsatzes der Mittel am besten gemeinsam plant und tätigt.
8. Mit dem weiteren Wachsen des Verkehrs wird der so genannten „Mobilitätsberatung“ ein wichtiger Stellenwert zukommen. Ein neues Potenzial an Kundinnen und Kunden ist zu erschliessen, wenn es uns gelingen soll, die städtischen Agglomerationen vor dem Verkehrskollaps zu schützen. Um hier kompetent und erfolgreich, vor allem aber auch mit attraktiven Angeboten, auf dem Markt auftreten zu können, bedarf es einer einheitlichen Marke, die wir in unserem Kanton mit einer Zusammenführung von VBSH und RVSH erst ermöglichen könnten.

Sie sehen, es gibt zahlreiche und gute Gründe, sich vertieft mit der Thematik auseinanderzusetzen und nach besseren Lösungen zu suchen.

Ich bitte Sie daher, dem Grundsatz „*Ein Bus - Ein Dach - Ein Billet*“ folgend dem Postulat zuzustimmen, und es uns damit zu ermöglichen, die Verkehrsbetriebe von Stadt und Kanton weiterhin auf Vordermann zu halten und fit für eine anspruchsvolle und anforderungsreiche Zukunft zu machen. “

SR Veronika Heller

Stellungnahme aus SR

”Grossstadtrat Dr. Raphaël Rohner regt in seinem Postulat vom 19.02.2008 an, die Busbetriebe RVSH und VBSH zusammenzulegen, wobei er die Form der Zusammenlegung offen lässt. Er wünscht jedoch, dass insbesondere die folgenden Lösungen geprüft werden sollen:

- Übernahme der RVSH durch die Stadt Schaffhausen
- Übernahme der VBSH durch den Kanton Schaffhausen
- Einbringen von RVSH und VBSH in ein gemeinsames Unternehmen von Stadt und Kanton Schaffhausen

Als erstes werde ich Ihnen die beiden Unternehmungen kurz vorstellen. Dann werde ich Ihnen die enge Zusammenarbeit von VBSH und RVSH aufzeigen, welche bis auf die Gründungszeit vor über 100 Jahren zurückgeht, die gerade in den letzten Jahren aber deutlich ausgebaut wurde. Zum Schluss zeige ich Ihnen auf, in welche Richtung sich der öffentliche Busverkehr nach Ansicht des Stadtrates in den nächsten Jahren bewegen soll.

Das Regionalverkehrsunternehmen RVSH:

Die Regionalen Verkehrsbetriebe Schaffhausen RVSH sind eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft, deren Aktienkapital zu 100% dem Kanton Schaffhausen gehört. Der vierköpfige Verwaltungsrat wird vom Baudirektor präsiert; je ein Vertreter kommt aus dem Klettgau und dem Reiat, die Sprechende vertritt die Stadt. Die RVSH betreiben fünf Regionalbuslinien und bedienen 24 Gemeinden in der Region. Die Fahrleistungen betragen 1,5 Mio. Kilometer pro Jahr und die Zahl der transportierten Fahrgäste beträgt rund 1,6 Millionen.

Die RVSH beschäftigt 32 Mitarbeitende, davon 18 im Subunternehmen Rattin. Die Zahl der Busse beträgt 19. Die Geschäftsführung ist den Verkehrsbetrieben Schaffhausen übertragen, wie auch der technische Unterhalt der Fahrzeuge der Schleithemer Linie. Der Buchwert der Anlagen beläuft sich auf Fr. 7,3 Mio., wovon Fr. 6,5 Mio. auf die Fahrzeuge und Fr. 0,8 Mio. auf Mobilien und Immobilien, hauptsächlich die Einstellhalle Schleithem, entfallen. Die Abgeltungen seitens Bund und Kanton werden 2008 Fr. 3,8 Mio. betragen, wovon Fr. 1,6 Mio. vom Bund getragen werden. Die Eigenwirtschaftlichkeit liegt unter 50%.

Das Stadtverkehrsunternehmen VBSH:

Die VBSH sind nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall zuständig, auf deren Gemeindegebiet rund 15% der VBSH-Fahrleistungen erbracht werden. In der Verwaltungskommission VBSH haben neben einem Personalvertreter je zwei Exekutivvertreter und je zwei Parlamentarier der Stadt und von Neuhausen Einsitz.

Die VBSH betreiben fünf Autobus- und eine Trolleybuslinie; die beiden Linien 1 und 6

sind gemeindeübergreifend. Die Fahrleistungen betragen 2.7 Mio. Kilometer pro Jahr und die Zahl der transportierten Fahrgäste beträgt über 13 Millionen.

Die VBSH beschäftigen mit Lehrlingen und Aushilfen gegen 170 Mitarbeitende. In Vollzeitstellen gerechnet beträgt der Personalbestand 136. Die VBSH verfügen über 41 Busse, wovon deren acht Trolleybusse sind. Der Buchwert der Anlagen bezieht sich auf über Fr. 15 Mio., wovon zwei Drittel auf die Fahrzeuge und ein Drittel, also ca. Fr. 5 Mio., auf das Busdepot Ebnat entfallen. Die Abgeltungen seitens der Stadt belaufen sich auf knapp Fr. 5 Mio., Fr. 1,9 Mio. stammen aus Parkierungsgebühren, die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall bezahlt Fr. 1,5 Mio. und der Kanton Schaffhausen Fr. 1,6 Mio.. Die Eigenwirtschaftlichkeit betrug 2007 52.6%.

Die VBSH üben Geschäftsführungsmandate für die Regionalen Verkehrsbetriebe, den Tarifverbund Schaffhausen und die Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein aus.

Enge Zusammenarbeit seit Gründungszeit:

Die enge Zusammenarbeit der beiden Unternehmungen geht auf die Gründungszeit der Schleithemer Strassenbahn zurück. Mit der Zustimmung zum Dekret über den Bau und Betrieb der Strassenbahn Schaffhausen – Schleithem genehmigten die Schaffhauser Stimmbürger am 14. Februar 1904, also vor 104 Jahren, gleichzeitig die Übertragung der Betriebsführung an die Stadt.

Was zwischen der Schaffhauser Strassenbahn und der Strassenbahn Schaffhausen – Schleithem gut funktionierte, funktionierte später auch zwischen den Verkehrsbetrieben Schaffhausen und der ASS, der Autoverbindung Schaffhausen – Schleithem, und heute zwischen VBSH und RVSH ausgezeichnet. In den letzten Jahren ist die Zusammenarbeit sogar noch wesentlich ausgebaut worden. Heute liegt nicht nur die Geschäftsführung bei den VBSH, sondern die RVSH hat auch das Depot Siblingen aufgegeben und die Service- und Unterhaltsarbeiten an den RVSH-Bussen der Schleithemer Linie werden im VBSH-Depot Ebnat durchgeführt. Einige RVSH-Chauffeure fahren bei Bedarf auch bei den VBSH, einige VBSH-Chauffeure auch bei den RVSH. Sogar ein RVSH-Kurs fährt heute im Ebnat aus und wird durch einen VBSH-Depotarbeiter geführt.

Synergien schon heute weitgehend genutzt

Das Gesagte zeigt auf, dass viele Synergien in der Geschäftsführung, im Unterhalt der Fahrzeuge und im Betrieb heute schon weitgehend genutzt werden. Dennoch gibt eine Zusammenlegung auch neue Möglichkeiten in Bezug auf die Angebotsgestaltung; vielleicht gibt es dann doch einmal eine Buslinie über die Stadtgrenzen hinaus. Ganz klar einfacher würden bei einer Zusammenlegung die Abläufe in der Führung, geschehen dann doch alle Prozesse in ein und derselben Unternehmung. Noch vertieft werden kann die Zusammenarbeit mit der Firma Rattin, welche als Subunternehmerin für die RVSH tätig ist. Allerdings sollte man die Synergien auch nicht überschätzen. In der Buchhaltung wäre es nicht ganz einfach - Dr. Raphaël Rohner hat dies erwähnt - weil wir eine regionale und eine sogenannte Ort- oder Nahverkehrsunternehmung hätten, deren Finanzierungsarten völlig unterschiedlich sind. Die Linienbuchhaltung müsste separat geführt werden, sonst bekommen wir vom Bund kein Geld.

.... und dennoch offen für gemeinsame Unternehmung

Obwohl sie das zusätzliche Synergiepotenzial als relativ gering einschätzen, sind sowohl Stadtrat wie Regierungsrat – zumindest der zuständige Baudirektor hat sich

entsprechend geäußert – offen für eine gemeinsame Unternehmung; unterschiedliche Ansichten bestehen am ehesten bezüglich deren Rechtsform, aber diese ist zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren. Ich habe damals - und zwar erfolgreich - in der SPK des Kantonsrates mit dem Vorschlag einer gemischt-wirtschaftlichen Anstalt versucht, alles auf den richtigen Weg zu bringen; im Plenum ist es dann allerdings nicht gelungen.

Eine gemeinsame Unternehmung macht aus städtischer Sicht vor allem deshalb Sinn, weil das, was zusammengehört und auch gemeinsam betrieben wird, auch offiziell zusammengefügt werden sollte. Die heutige VBSH-Organisation ist auf die Führung beider Unternehmungen ausgerichtet, obwohl das Geschäftsführungsmandat für den Regionalbetrieb vertraglich nur auf relativ kurze Frist gesichert ist. Ein Herausbrechen des Regionalbetriebes hätte für die VBSH als Hauptunternehmung sehr nachteilige Wirkungen.

Auch im Auftritt nach aussen macht eine Unternehmung Sinn. Wissen Sie, wovon wir sprechen, wenn wir VBSH, RVSH oder SchaffhausenBus sagen? Bei einer Unternehmung weiss jedermann, wer Ansprechpartner ist. Eine Unternehmung mit einem Produkt lässt sich auch einfacher vermarkten.

Aus Kundensicht wichtiger als die unternehmerische Zusammenlegung der beiden Unternehmungen ist die Einführung eines Integralen Tarifverbundes. Das hiesse konkret, dass neu neben den FlexTax-Abonnements auch Einzelfahrausweise und Mehrfahrtenkarten unternehmensübergreifend gültig wären, also innerhalb der gelösten Zonen nicht nur bei VBSH und RVSH, sondern auch bei SBB, THURBO, PostAuto, DB und SüdbadenBus.

Aus städtischer Sicht wesentlich ist in diesem Zusammenhang die Finanzierung, sind doch mit einem Integralen Verbund wesentliche Investitionen der Unternehmungen in Billettausgabegeräte und Billettautomaten nötig. Der Stadtrat ist bereit, diese Investitionen in seinem Bereich zu tätigen, er erwartet jedoch eine verbindliche Zusage des Kantons zu entsprechenden Betriebsbeiträgen.

Die Stadt hat viele Jahre (seit März 1998 bis im Januar 2006) auf eine Beteiligung des Kantons am Nahverkehr gewartet. Diese beläuft sich mit dem neuen Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs seit 1. Januar 2006 auf 15% der Kostenunterdeckung der VBSH. Dafür zahlt die Stadt im Gegenzug nun auch an den Regionalverkehr. Eine Erhöhung der kantonalen Beiträge als nächster Schritt ist zwingend – wir denken hier an eine Erhöhung von 15% auf 20% – und die Signale seitens des Baudirektors sind erfreulich positiv. Das war mit seinem Vorgänger schwieriger.

Das ist schlussendlich die Voraussetzung eben zum Integralen Verbund und zur Finanzierung der damit verbundenen Investitionen. Mit dem Integralen Verbund sollte auch einer Zusammenlegung der beiden Unternehmungen nichts mehr im Wege stehen.

Das übergeordnete Ziel kann in diesem Sinn aus Sicht des Stadtrates wie folgt umschrieben werden: „*Ein Bus – Ein Dach – Ein Billett*“. Das steht in den Legislaturzielen des Stadtrats und schon etwas länger bereits in denjenigen der VBSH.

Erster Schritt:

Einführung des Integralen Verbundes mit einer entsprechenden Finanzierungszusage des Kantons als bestellender Behörde

Zweiter Schritt:

Zusammenlegung der beiden Unternehmungen

Die Einführung eines Integralen Verbundes erfordert im Übrigen zwingend die Aufgabe des fakultativen Tarifreferendums, da die Stadt nicht die Tarife für alle in der Region tätigen Verkehrsunternehmungen bestimmen kann. Dies wird vermutlich eine nicht ganz einfache Volksabstimmung werden, auch wenn der Stadtrat davon ausgeht, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Vorteile eines Integralen Verbundes höher gewichten dürften als das tarifarische Referendumsrecht, welches unseres Wissens heute in der Schweiz einzigartig ist. Damit werden auch die Türen Richtung Zürcher Verkehrsverbund weit geöffnet. Dennoch sollten die notwendigen Abstimmungen nicht parallel geschaltet werden. Zuerst kommt der Integrale Verbund; die diesbezügliche Abstimmung dürfte im Frühjahr 2009 und die Einführung auf Dezember 2010 möglich sein.

In diesem Sinne stimmt der Stadtrat einer Überweisung des Postulates von Dr. Raphaël Rohner gerne zu. Zur Art und Weise, wie das Postulat umgesetzt werden soll, will sich der Stadtrat heute jedoch noch nicht äussern. Er wird alle möglichen Varianten prüfen.

Aufgrund der Grössenverhältnisse der beiden Unternehmungen wird der Lead bei der Stadt liegen; dort, in der Stadt nämlich, liegt seit über 100 Jahren schliesslich auch das nötige Know-how.

Eine Zusammenlegung der beiden Unternehmen erfordert eine Ausgliederung der VBSH aus der städtischen Verwaltung. Für den Stadtrat ist klar, dass die Anstellungsbedingungen, wie sie für das Personal einer fusionierten Unternehmung angewendet würden, zum voraus im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrages klar definiert werden müssten.

In diesem Sinne stelle ich Ihnen den Antrag, das Postulat erheblich zu erklären. “

Hanspeter Meier (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Da ich Mitglied der Verwaltungskommission der VBSH bin, müsste ich Ihnen nochmals das Gleiche, das bereits von SR Veronika Heller ausgeführt wurde, vortragen. Ich verzichte deshalb darauf.

Die **SVP/JSV/EDU-Fraktion** wird einstimmig für die Überweisung dieses Postulats sein. “

Christoph Schlatter (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

”Die Förderung des öffentlichen Verkehrs gehört zu den politischen Kerngeschäften unserer Fraktion. Daher befürworten und unterstützen wir grundsätzlich Anliegen, welche zur Stärkung des öV beitragen. Bekanntlich führen viele Wege nach Rom. So verhält es sich auch mit entsprechenden Ideen und Massnahmen, welche zu einem starken Service public beitragen können.

Die Zusammenlegung der VBSH mit den RVSH erachten wir als eine Möglichkeit diesem Anliegen Rechnung zu tragen. Die kleinräumigen Strukturen der Stadt und des Kantons rechtfertigen die Prüfung einer Zusammenlegung der beiden Betriebe. Wobei der Begriff Prüfung an dieser Stelle nochmals hervorgehoben werden soll. Aus der Evaluation des Anliegens können unter Umständen vielfältige und kreative Lösungsansätze resultieren. Der Postulant hält in seiner Begründung drei solcher Formen der Zusammenlegung fest.

Aus einem mach zwei, will heissen, vorhandene Synergien und Ressourcen können besser genutzt werden. Nur, was heisst Synergien besser nutzen? Einige verstehen darunter, dass im Hinblick auf die ökonomische Seite entsprechend Geld eingespart werden kann und der öV dadurch schlanker wird. Andere freuen sich darauf, dass nun überall ein Fahrplanausbau stattfindet und dadurch der öV noch attraktiver wird.

Da sich bisher nicht alle politischen Parteien für die Förderung des öV stark gemacht haben, hat dies in der Fraktion die Phantasie entsprechend beflügelt und mobilisiert.

Geht es den Postulanten womöglich um etwas anderes? Könnte es sein, dass sie die Rechtsform der Busbetriebe derart verändern möchten, dass dadurch das Parlament und das Volk keinen Einfluss mehr auf den zukünftigen Busbetrieb haben werden? Also ein Verlust an der demokratischen Mitwirkung? Geht es darum, dass der Kanton mehr Einfluss auf einen städtischen Betrieb nehmen soll und somit die Verantwortung und Führung der Stadt in dieser Angelegenheit entzogen werden soll? Und bei mir persönlich haben die Trolleybusglocken geläutet. Da im Kantonsrat, ebenfalls ein entsprechender Vorstoss gemacht wurde.

Geht es jetzt dem Trolleybus an den Kragen?

Diese kritische Auseinandersetzung ist deshalb wichtig, weil unsere Fraktion an dieser Stelle aufzeigen möchte, unter welchen Voraussetzungen wir in einem späteren Schritt die Zusammenlegung der beiden Busbetriebe unterstützen können, bzw. welche Punkte dazu führen könnten, eine Zusammenlegung politisch zu bekämpfen.

Die Führungsverantwortung muss auf jeden Fall bei der Stadt bleiben, die Fusion darf nicht dazu führen, dass das Parlament und die Bevölkerung der Stadt Schaffhausen der demokratische Mitbestimmungsprozesses entzogen wird. Und selbstverständlich soll die Fusion dazu beitragen, dass der öV gestärkt wird. Konkret bedeuten dies ein Ausbau des Angebotes und keinesfalls dessen Abbau.

Die oben aufgeführten Punkte stellen nicht den Inhalt des zu überweisenden Postulates dar, allerdings handelt es sich dabei um unsere Argumentation, weshalb wir heute dieses Postulat überweisen können.

Wie Sie gehört haben, werden wir das Postulat vermutlich aus anderen Überlegungen heraus überweisen als ein grosser Teil der Ratsmitglieder. "

Alfons Cadario (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

"Ich kann Ihnen mitteilen, dass die **OeBS/EVP-Fraktion** das Postulat überweisen wird und möchte noch folgende Anmerkungen dazu machen:

Gemäss INFRAS-Studie ist die Einsparung nicht allzu gross; trotzdem erscheint es sinnvoll, wenn diverse Abläufe wesentlich vereinfacht werden. Wir haben gewisse

Befürchtungen zur Gesellschaftsform und wünschten uns, dass eine solche gefunden wird, welche die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten weiterhin berücksichtigt und der Lead bei der Stadt Schaffhausen liegt. “

Theresia Derksen (CVP)**Votum**

”Aus unserer Sicht sind wo immer möglich Synergien zu nutzen, sofern sie Sinn machen. Eine Zusammenarbeit der Verkehrsbetriebe Schaffhausen VBSh und der Regionalen Verkehrsbetriebe Schaffhausen RVSh besteht schon heute. Zudem ist bereits jetzt die Geschäftsführung des Tarifverbundes Schaffhausen sowie der Schweizerischen Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein (URh) unter der gleichen Leitung.

Eine Zusammenarbeit ist jederzeit angezeigt, eine Zusammenlegung der Busbetriebe ist zu prüfen; je nachdem wird es sich dann zeigen, ob eine Zusammenlegung auch Sinn macht. Die Stadt Schaffhausen, als Mittelpunkt einer Agglomeration, sollte aber keinesfalls die Federführung aus der Hand geben.

Gedanken zu einer eventuellen Zusammenlegung darf man sich aber machen und in diesem Sinne unterstützen wir das Postulat. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Schlusswort**

”Mein Schlusswort wird sicher nicht so lange wie die Einleitung. Ich danke für die wohlwollende Aufnahme meines Anliegens und möchte nochmals betonen, dass es auch aus meiner Sicht - und ich vertrete hier die Ansicht der Stadt und nicht diejenige des Kantons - primär darum geht, eine Lösung zu finden, wo der Lead den Traditionen folgend bei der Stadt bleibt.

Es ist ebenfalls klar, dass es nicht um eine Sparübung geht; ich habe versucht, diese Position sachlich zu begründen, und dazu stehe ich. Es geht auch überhaupt nicht darum, einen Abbau des Angebots des öffentlichen Verkehrs durch die Hintertür anzustreben, sondern ganz im Gegenteil. In meinen Ausführungen habe ich ausführlich dargelegt, dass die Szenarien, die auf uns zukommen - nicht nur in Schaffhausen, vor allem auch in den Grossagglomerationen Zürich und Bern - nach dem Gegenteil rufen. Es ist eine Frage des politischen Couleurs, ob man aus Vernunftgründen und aus sachpolitischen Aspekten nach gemeinsamen Lösungen sucht.

Ich danke Ihnen und hoffe, dass der SR - beziehungsweise die Delegation des Stadtrates - zusammen mit dem Regierungsrat eine Lösung ausarbeitet, die bei uns eine entsprechende Mehrheit bilden kann. “

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 39 : 0 Stimmen erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN

Es sind während der Sitzung keine Neugeschäfte eingereicht worden.

Die nächste Ratssitzung findet am **Dienstag, 1. Juli 2008, um 17.00 Uhr, im Park Casino Schaffhausen** statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:46 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt